Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Danziger Volksstimme

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,[illegible] Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 5-geip. Zeile 0,30 Gulden, Reklamezeile 1, Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 107 — Donnerstag, den 8. Mai 1924 — 15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6. Postscheckkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Die Senatserklärung gegen Jewelowski.

Regierungschef oder Handlanger? — Erbärmliche Rücksichtnahme des liberalen Bürgertums.

Danzig, den 8. Mai 1924. E. L.

Der große Tag in unserm Freistadtparlament, der eine Antwort des Senats auf die Angriffe des früheren Senators Jewelowski brachte, ist sehr stürmisch verlaufen. Die Vorlesung des Senatspräsidenten Sahm wurde dauernd von Zwischenrufen aus den Reihen der Sozialdemokratischen Fraktion unterbrochen. Dafür teilte der Präsident Dr. Treichel in so reichlichem Maße Ordnungsrufe aus, wie wohl noch nie zuvor. Als der Senatspräsident zum Schluß seiner langen Ausführung auch die Handlungsweise des Senators Kette verteidigte, die Jewelowski bekanntlich als eine der „größten Schiebungen" bezeichnet hat, wuchsen die Zwischenrufe zum Orkan an, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Daß es zu diesen wenig erfreulichen Szenen kam, ist Schuld des Senatspräsidenten oder richtiger gesagt seiner deutschnationalen Auftraggeber. Es war Sahm anzumerken, daß er sich gestern bei der Abgabe dieser Erklärung nicht wohl fühlte. Er sprach nicht wie ein verantwortlicher Kopf einer Regierung, der aus innerer Ueberzeugung oder aus parteitaktischen Erwägungen heraus die Politik seiner Mitarbeiter in der Regierung deckt, sondern wie ein Angestellter, der von seinem Chef in irgendeine Körperschaft geschickt wird, um dort gegen Bezahlung die Interessen der Firma zu vertreten. Gerade in der Art wie der Senatspräsident gestern zu den Jewelowskischen Angriffen Stellung nahm, zeigte sich wieder einmal der ganze Widersinn in der Danziger Verfassung. Einerseits können die beamteten Senatoren schalten und walten wie sie wollen, ohne allzu große Rücksicht auf die Volksvertretung nehmen zu dürfen und anderseits werden sie in wichtigen politischen Fragen zum Kommis der herrschenden Partei im Senat degradiert. Das muß festgestellt werden: Gestern war der Senatspräsident, der noch vor einigen Monaten großes Gewicht darauf legte, daß die Oeffentlichkeit erfahre, er gehöre nicht der deutschnationalen Partei an, ausschließlich das Sprachrohr der Schwegmann, Ziehm und Kette. Diese und vielleicht noch einige Oberregierungsräte und das deutschnationale Parteibureau hatten die Antwort auf Jewelowskis Angriffe zusammengestoppelt, und der Senatspräsident gab sich dann dazu her, als Sprachrohr für dieses Verteidigungsgestammel der durch Jewelowski gekennzeichneten deutschnationalen Senatspolitik zu dienen.

Der Volkstag wird heute ausführlich zu dieser Regierungserklärung Stellung nehmen. Wie sehr dieselbe eine Verteidigungsschrift der Deutschnationalen war, geht schon daraus hervor, daß einleitend der Artikel des deutschnationalen Organs „Schwarzer Adler" mit seinen Angriffen auf Jewelowski in Schutz genommen wurde. In der Hauptsache brachte die Regierungserklärung keine Widerlegung der von Jewelowski angeführten Tatsachen. In wichtigen Fragen verschanzte sie sich z. B. hinter den gerade bei den Reaktionären so beliebten Schutzwall des Staatsinteresses. Jewelowski hätte durch die Darlegung verschiedener Dinge einen Vertrauensbruch begangen und den Freistaat außenpolitisch schwer geschädigt. Aber der Senat kennt noch Verantwortung und so konnte er erleichtert aufatmend erklären, daß er aus purer Sorge um das Staatswohl auf diese Dinge nicht eingehen könne! Womit dann die Anklagen Jewelowskis widerlegt waren. Wenigstens für die deutschnationalen Spießer. Tief beschämend ist nur, daß selbst das liberale Bürgertum diese reaktionäre Geheimniskrämerei deckt, und daß sogar die politisch Jewelowski sehr nahestehende „Danziger Zeitung" in dasselbe Horn stößt wie die in ihrer dünkelhaften Unfähigkeit gekennzeichneten deutschnationalen Senatoren. Dieses Blatt der deutschparteilichen Opposition macht sich wie folgt zum Anwalt der Deutschnationalen:

> „Jewelowski schmälert seine eigenen staatlichen Verdienste nachträglich, wenn er sich in der politischen Polemik dazu hinreißen läßt, vordem Fragen in die Diskussion zu werfen, deren öffentliche Erörterung keineswegs im Staatsinteresse liegt. Herr Jewelowski nimmt unseres Erachtens nach seiner Tätigkeit im Dienste des Staates durchaus mit Recht staatsbürgerliche Gesinnung für sich in Anspruch. Staatsbürgerliche Gesinnung bedingt aber auch staatsbürgerliche Disziplin, die ein früheres Mitglied der Regierung in noch höherem Maße zu wahren hat als der außerhalb der höheren Verantwortung Stehende."

Das ist wieder einmal echt national-liberale Rücksichtnahme. Aus Staatsinteresse haben in den früheren Jahrzehnten die deutschen Liberalen gegenüber der kaiserlichen Mißwirtschaft im Reich immer und immer wieder den Mund gehalten, selbst wenn sie die verschiedensten Vorkommnisse noch so scharf verurteilten. Man wollte dem Ausland kein Material liefern, und verteidigte deshalb all die Mißgriffe, Narrheiten und Verbrechen des deutschen Militarismus und der unfähigen Regierungsclique. In andern Ländern kennt die Opposition solch eine falsche Rücksichtnahme auf das Staatsinteresse nicht. Die englischen Liberalen haben während des Burenkrieges es sich nicht nehmen lassen, die imperialistische Politik der damaligen konservativen Regierung genügend zu brandmarken, und der jetzige englische Ministerpräsident gehörte während des Weltkrieges zu denjenigen, die in aller Oeffentlichkeit die Kriegspolitik und Geheimdiplomatie der Regierung seines Landes als verderblich brandmarkte. Aber die deutschen reaktionären Regierungsmänner mögen tun, was sie wollen, unser Bürgertum wird aus Staatsinteresse immer alle ihre Torheiten und Verbrechen verteidigen und gutheißen. Auch ein Zeichen dafür, wie sehr immer noch der Untertanensinn den deutschen Bürger beherrscht.

Wie eine direkte Verhöhnung des Volkstages nahm sich in der Regierungserklärung die Verteidigung des Senators Kette wegen seiner Beteiligung an der Umwandlung der Westpreußischen Feuersozietät in die Versicherungs-Aktiengesellschaft „Die Danzig" aus. Da wird dreist und gottesfürchtig erklärt, daß weder Staat noch Stadt irgendwelche Rechtsansprüche bezüglich des Vermögens der ehemaligen Feuersozietät (bekanntlich eine Gründung der Provinz Westpreußen) gehabt hätten. Infolgedessen hat der Senat es geschehen lassen, daß diese Einrichtung in Privatbesitz überging. Und gegenüber dieser Tatsache bekam es Sahm fertig, den deutschnationalen Angriffsartikel auf Jewelowski zu verteidigen, in dem die Deutschnationalen erklären, daß sie den Staatsgedanken und nicht die Privatwirtschaft in den Vordergrund stellen. Die Tätigkeit der deutschnationalen Senatoren wirkt dagegen wie ein Hohn auf dieses Programm.

Die ganze lange Regierungserklärung wurde zu einem wirkungslosen Lufthieb und die ganze Angelegenheit zu einer moralischen Niederlage des Senats. Dieser mußte eine noch kräftigere Ohrfeige einstecken, als der Volkstag dann erneut mit einer erfreulichen Mehrheit das Amnestiegesetz beschloß und damit den Sabotageversuch des Senats durchkreuzte. War schon die gestrige Volkstagssitzung für den deutschnationalen Senat ein schwarzer Tag, der heutige wird ihm nicht rosiger erscheinen.

Poincarés Doppelspiel.

Für das Sachverständigengutachten, aber gegen die Ruhr-Räumung.

Auf einem Bankett der französischen Handelskammern erklärte gestern Poincaré, bis 1914 seien die Beziehungen Frankreichs zum Auslande durch Verträge geregelt gewesen, die die gegenseitige Meistbegünstigungs- und Kündigungsfrist von durchschnittlich einem Jahr vorgesehen hätten. Seit dem Waffenstillstand habe Frankreich jedoch erkannt, daß die internationalen Wirtschaftsverhältnisse ihm für eine gewisse Zeit nicht mehr gestatten, sich an allzulange Konventionen zu binden. In nächster Zukunft werde Frankreich mit mehreren Ländern, darunter auch Deutschland, Verhandlungen beginnen, die für Frankreich von größter Wichtigkeit seien. Die französische Regierung habe wiederholt erklärt, daß Frankreich gern und durchaus spontan die Entschließungen der Sachverständigen, wie die Reparationskommission sie sich zu eigen gemacht habe, annehme, und daß sie die deutsche Wirtschaftseinheit wiederherstellen würde, sobald Deutschland die von der Reparationskommission aufgestellten Programme zur Ausführung gebracht habe. Aber man wisse vorläufig weder wann noch wie oder ob Deutschland überhaupt dieses Programm ausführen werde. Weder die in den letzten Wochen von Deutschland gemachten Versuche, ihn, Poincaré, zu täuschen und die Verantwortung für den weiteren Erfolg der Sachverständigengutachten auf Frankreich abzuwälzen, noch das Ergebnis der Reichstagswahlen seien dazu angetan, größeres Vertrauen einzuflößen. Die französische Regierung sei also gezwungen, bei der Politik der Wachsamkeit und Festigkeit zu verharren und nach wie vor entschlossen, das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der Zahlungen zu räumen.

Das Auslandsecho zu den Reichtagswahlen.

Von der polnischen Presse meint die rechtsstehende „Cesko Rzeczypospolitia", die Wahlergebnisse hätten abermals „Schiffbruch" und Lähmung des politischen Denkens in Deutschland bewiesen. Wenn es in Berlin nicht gelänge, eine Koalition auf mittlerer Linie zu schaffen, so müsse mit demnächstigen Neuwahlen gerechnet werden. Die rechtsradikale „Gazetta Poranna", die in dem Wahlausfall „die Niederlage der deutschen Regierung" sieht, rechnet mit der Möglichkeit einer rechtsgerichteten Regierung, die vor allem „den europäischen Frieden offen sabotieren würde", und sie empfiehlt etwas voreilig allen Friedensfreunden (das will sagen Frankreich und Polen) „die Politik der Gewalt gegen ein derartiges Deutschland": denn jede andere Politik wäre Selbstbetrug. Der gemäßigte „Kurjer Polski" weist darauf hin, daß trotz des sehr großen Mandatszuwachses der Ruck nach rechts und links doch nicht so gewaltig gewesen ist, wie man vielfach erwartet und befürchtet hat, das Blatt verweilt bei den Sachverständigen-Gutachten und meint, „es würde zu unerhörten internationalen politischen Komplikationen und gefährlichster Verschärfung der europäischen Gegnerschaften führen, wenn man die Wahlergebnisse als mit der Ablehnung des Sachverständigen-Gutachtens gleichbedeutend bewerten müßte". Das Blatt schließt seinen Aufsatz: „Der Ausfall der Wahlen ist zwar noch keine unmittelbare Katastrophe für die politische Lage Europas, aber er birgt in seinem Schoße sehr große Gefahren."

*

Das Parteiorgan der österreichischen Sozialdemokratie, die Wiener „Arbeiterzeitung" schreibt: Es war eine Wahl des Nationalismus infolge der täglichen Demütigungen der deutschen Republik durch den französischen Imperialismus und infolge des Ruhreinfalls sowie der brutalen Mißhandlung der Deutschen in den besetzten Gebieten. Unzweifelhaft ist auch ein Teil der Arbeiter von den Nationalisten mitgerissen worden, was für die Gesamtvertretung der Arbeiterklasse zum Verlust zahlreicher Mandate führte. Binnen wenigen Wochen wird aber das Volk erkennen, daß nur die Politik der Verständigung und der Erfüllung, also die Politik der Sozialdemokratie möglich ist.

*

Die „Basler Nationalzeitung" sagt u. a., eine Radikalisierung sei erwartet worden und unvermeidlich gewesen, sie habe sich aber in relativ bescheidenen Grenzen gehalten. Jener Teil der Sozialisten, der früher unabhängig gestimmt habe, sei zu den Kommunisten abgewandert, die zu den Hauptgewinnern gehörten. Aber das eigentliche Cadre der großen Arbeiterpartei bleibe intakt, es werde die stärkste Gruppe des Reichstags sein und etwa ein Viertel seiner Sitze erhalten. Die extremistische Bewegung habe die breite Masse des Volkes nicht umgewandelt und ihren Höhepunkt bereits überschritten. Mehr als die Hälfte des deutschen Volkes habe trotz Leiden und Entbehrungen für die Republik und für den Frieden gestimmt, und nun habe Deutschland das Wort.

Pariser Pressestimmen.

Auf Grund der tendenziösen Berichte, die die Berliner Korrespondenten der Pariser Blätter seit Wochen über die Stimmung innerhalb der deutschen Wählerschaft verbreitet hatten, hatte man in den dortigen politischen Kreisen mit einem großen Sieg der extremen Nationalisten gerechnet. die dort bisher vorliegenden etwa 400 Wahlresultate zeigen, wie sehr die öffentliche Meinung in Frankreich wieder einmal irregeführt worden ist. Selbst sehr rechtsstehende Blätter müssen anerkennen, daß die Erfolge der Deutschvölkischen weit hinter den Erwartungen zurückbleiben und daß auch der Stimmenzuwachs der Deutschnationalen keineswegs überwältigend ist. So schreibt der „Intransigeant", die extremen Nationalisten seien von der Deutschnationalen Volkspartei geschlagen worden, und selbst in Bayern habe Tirpitz über Ludendorff zu siegen vermocht. Trotz der maßlosen Propaganda der chauvinistischen und Revanche-Politiker habe das deutsche Volk es abgelehnt, sich der Reaktion in die Arme zu werfen. Offenbar habe man in Deutschland erkannt, daß alle Revanche-Absichten Europa in geschlossener Abwehrfront bereitfinden würden. — Das Urteil des „Temps" geht dahin, daß die Wahlen keinerlei rückstürzende Aenderung in der politischen Struktur Deutschlands herbeigeführt haben. Die beiden bemerkenswertesten Resultate seien, daß die Deutschnationalen nach links an Boden gewonnen, sehr wenig nach rechts verloren hätten und die Stimmen, die 1920 der Unabhängigen Sozialdemokratie zugefallen, diesmal zum größten Teil zu den Kommunisten übergegangen seien. Außenpolitisch bedeutsam sei, daß schon heute die Oppositionsparteien, Deutschvölkische, Deutschnationale, Bayerische Volkspartei und Kommunisten, stark genug seien, um die zur Durchführung des Sachverständigenprogramms notwendigen Gesetze, die meist eine Zweidrittelmehrheit erforderten, im Reichstag zu Fall zu bringen. Der Zuwachs der nationalistischen Rechten, schließt das Blatt, dürfte an sich nicht schlimm sein, wenn nicht die radikale Arbeiterschaft die Reihen der Sozialdemokratie verlassen haben würde, um sich der Diktatur Moskaus zu unterwerfen. Denn Moskau habe es nunmehr in der Hand, die von den Experten vorgeschlagene Lösung des Reparationsproblems zum Scheitern zu bringen. — Die „Liberte" meint, genau wie die kommunistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen, so würden auch die kommunistischen Wahlerfolge nur dazu beitragen, die extreme Rechte weiter zu verstärken.

*

Die englische öffentliche Meinung beurteilt den Ausfall der deutschen Reichstagswahlen lediglich vom Gesichtspunkt der europäischen Befriedung durch den Sachverständigenplan. Ueberraschungen hat nur der Gewinn der Kommunisten hervorgerufen. Allgemein ist die englische Presse mit ihrem Urteil viel zurückhaltender als die französische Presse. Nur „Daily Mail" macht eine Ausnahme und nennt das Wahlergebnis eine Ohrfeige für die Alliierten. Groß ist das Rätselraten über die Regierungsbildung. Allgemein wird überall ein Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung zur Durchführung des Sachverständigenplanes angenommen, aber auch die Möglichkeit eines Umfalls der Deutschnationalen in Betracht gezogen. Besonders erörtert werden die Schwierigkeiten für eine kommende Regierung der Mitte wegen der mangelnden Zweidrittelmehrheit im neuen Reichstag. Einstimmigkeit herrscht über die Frage einer deutschen Rechtsregierung für Europa.

Verschärfung im deutsch-russischen Konflikt.

Die Haussuchung in dem Gebäude der Berliner Handelsvertretung der Sowjetregierung nahm Litwinow zum Anlaß einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Rosta"" Die Sowjetregierung verfüge noch nicht über alle Einzelheiten und könne daher einen endgültigen Beschluß über die Beantwortung der frechen Herausforderung der deutschen Behörden auch noch nicht fassen. Der sinnlose Ueberfall auf die Handelsvertretung sei nicht nur eine formelle Mißachtung der Exterritorialität und damit eine Verletzung gegenüber der Sowjetregierung, sondern er beraube auch die Handelsvertretung der Voraussetzungen für eine normale Geschäftsabwicklung. Die Exterritorialität der Handelsvertretung sei im Abkommen von 1921 festgelegt und durch den Rapallo-Vertrag bekräftigt. Im zivilisierten Deutschland müßte sogar eine Haussuchung in einer privaten Handelsgesellschaft als unerhört gelten. In Moskau sei bisher niemals eine Haussuchung bei einem deutschen Konzessionär vorgekommen. Die Erklärungen des Deutschen Auswärtigen Amtes über die Handlung der Polizei muteten wie ein Schwank an und könnten nicht ernst genommen werden. Nach der herausfordernd gehaltenen Note des Auswärtigen Amtes sei jeder Zweifel geschwunden, daß die deutsche Polizei im Einverständnis mit den zentralen Regierungsstellen vorgegangen sei. Die Frage, ob der Zwischenfall das Ende des Freundschaftsverhältnisses zwischen Deutschland und Rußland bedeute, müsse selbstverständlich verneinend beantwortet werden. Es könne keinen Augenblick angenommen werden, daß die deutsche Regierung den zwischen der Sowjet-Union und Deutschland bestehenden freundschaftlichen Beziehungen ein Ende machen wolle. Die überraschende Handlung der deutschen Behörden lasse sich erklären in Verbindung mit den französisch-deutschen Reparationsverhandlungen und mit der englisch-russischen Konferenz in London. Es steht fest, daß gewisse deutsche Geschäftskreise besorgt den Aussichten einer russisch-englischen wirtschaftlichen Annäherung und damit der Erweiterung der englischen Einfuhr auf Kosten der deutschen entgegensehen und damit an der Sprengung der Londoner Verhandlungen ebenso interessiert seien wie Poincare. Der Berliner Ueberfall sollte ein Handkuß für Poincare und eine Andeutung über die Abkühlung der deutsch-russischen Beziehungen sein. Andererseits dürfte die Hoffnung bestanden haben, in dem Gebäude Waffen und kompromittierendes Material zu finden, um Macdonald Angst einzujagen und die Londoner Konferenz zu sprengen. Die Handlung der deutschen Behörden könne somit als eine mißlungene französisch-deutsche Verschwörung gegen die Londoner Konferenz bezeichnet werden. Die deutsche Regierung müßte begreifen, daß der Zwischenfall den deutsch-russischen Beziehungen bereits einen empfindlichen Stoß versetzt habe. Von der deutschen Regierung werde es abhängen, den bedauernswerten Zwischenfall wieder gutzumachen und den schweren Folgen vorzubeugen, die sich unvermeidlich einstellen werden, falls an der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes festgehalten werden sollte. Die Sowjetregierung sei fest überzeugt, daß die deutsche Regierung die Aufrechterhaltung und Festigung freundschaftlicher Beziehungen nicht geringer einschätze als die Sowjetrepublik und genügend guten Willen an den Tag legen werde, um den begangenen Fehler wieder gutzumachen.

*

Dazu schreibt der „Soz. Parlamentsdienst":

Die russischen Diplomaten haben noch immer gut verstanden, Tatsachen zu verdrehen. Auch Herrn Litwinow kann man diese Fähigkeit nicht absprechen. Er unterstellt der Reichsregierung Absichten, die sie schon deshalb nicht gehabt haben dürfte, weil sie mehr Sorgen hat als ausgerechnet die russisch-englische Konferenz zu sprengen. Oder sollte Herr Stresemann vielleicht doch mit den Angestellten der russischen Handelsvertretung die Abmachung getroffen haben, den verhafteten Kommunisten zu befreien, um die von Litwinow unterschobene Absicht zu verwirklichen? Selbst dann blieben die russischen Kommunisten, die in der Handelsvertretung in Berlin ihr Brot fanden, immer noch die eigentlichen Urheber des Konflikts und müßten von der russischen Regierung wegen Schädigung russischer Interessen vor Gericht gestellt werden. Aber es ist zwecklos, den Erklärungen Litwinows eine besondere Emphase zu widmen. Tatsache ist, daß die Kommunisten die Schuldigen des Vorfalls sind und u. E. die Reichsregierung gar keinen Anlaß hat, sich bei der Sowjetregierung irgendwie zu entschuldigen. Wer das Gastrecht in einem Maße mißbraucht, wie die Angehörigen der Sowjetvertretung in Deutschland, der muß schließlich auch darauf gefaßt sein, mit den Hütern der deutschen Gesetze in Konflikt zu geraten.

Abreise des russischen Botschafters.

Der Botschafter der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, Krestinski, hat gestern abend Berlin verlassen und trifft heute abend im Flugzeug in Moskau ein.

Die Rede des Staatspräsidenten.

Vorstoß der Linken im polnischen Sejm.

Die Brandrede, die der polnische Staatspräsident bei Eröffnung der Messe in Posen hielt und in der er die Stärkung des Militärs versprach und das Gebiet Polens als nicht ausreichend erklärte, hat auch in Polen scharfe Kritiker gefunden. Die polnische Presse der Rechten greift besonders die Worte auf: „Niemand darf Richter zwischen der polnischen Regierung und ihren Untertanen sein". Die Zeitungen sehen darin eine Absage an den Völkerbund in der Minderheitenfrage und verlangen, daß die Regierung gegen die Entsendung von Völkerbundssachverständigen, um die Frage der Ansiedler an Ort und Stelle zu prüfen, protestiert.

Inzwischen sind die sozialistischen Abgeordneten Barlicki und Niedzialkowski beim Ministerpräsidenten wegen der Rede des Staatspräsidenten vorstellig geworden, da diese Rede dem Ansehen Polens im Auslande geschadet und den im Ausland vorherrschenden Eindruck des Imperialismus Polens verstärkt hat. Die Sozialisten verlangen, daß der Außenminister als verantwortlich für Aeußerungen des Staatspräsidenten zur Verantwortung gezogen wird.

Der Arbeitszeitkampf im deutschen Bergbau.

Die Aussperrung im Ruhrgebiet ist allgemein. Der ganze Ruhrbergbau mit Ausnahme von wenigen Zechen ruht. Von der Belegschaft sind gestern mindestens 90 Prozent nicht eingefahren. Kleine arbeitswillige Gruppen, die sich dem Diktat der Bergwerkskapitalisten fügen wollten, haben sich nicht halten können.

Reichsarbeitsminister Dr. Braun befindet sich auf dem Wege zum Ruhrgebiet, um durch eine Vermittlungsaktion den Kampf im Bergbau beizulegen. Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände haben gestern in Essen in einer Versammlung die Lage besprochen. Heute nachmittag soll in Gelsenkirchen eine große Bergarbeiterversammlung aus den sämtlichen Gewerkschaften eine Kommission ernennen, die sich nach Düsseldorf begeben soll, um dort die Stellungnahme der Micum zu dem Arbeitszeitkampf im Bergbau kennen zu lernen. Vorläufig verhalten sich die Besatzungsbehörden vollkommen passiv.

Die Lage in den sächsischen Kohlenrevieren ist ernst. Die Bestrebungen auf Festhaltung der 7-Stundenschicht für Untertagearbeiter hat auch auf die staatlichen Bergwerke übergegriffen. Die Aussperrung ist im ganzen sächsischen Steinkohlenbergbau allgemein durchgeführt worden.

In Oberschlesien ist die Streiklage unverändert. Von gewerkschaftlicher Seite wird mitgeteilt, daß die Konferenz der Betriebsräte der Metallindustrie gestern in geheimer Abstimmung den Beschluß faßte, ebenfalls in den Streik zu treten. Die Streikforderungen decken sich mit denen der Grubenarbeiter. Für den Streik stimmten 51, dagegen 29 Betriebsräte.

*

Internationale Hilfe für die Bergarbeiter.

Wie der „Vorwärts" aus Amsterdam meldet, wird die Arbeitszeitbewegung der deutschen Bergarbeiter von dem Internationalen Gewerkschaftsbureau mit großer Spannung verfolgt. Falls die Lohn- und Arbeitszeitbewegung der deutschen Arbeiterschaft sich zu einem allgemeinen Kampf für den Achtstundentag ausgestalten sollte, so könnten, wie von maßgebender Seite des Internationalen Gewerkschaftsbureaus versichert wird, die deutschen Arbeiter auf die weitmöglichste Unterstützung der Gewerkschaftsinternationale rechnen.

Neuwahl der Regierung in Mecklenburg.

Bei der gestrigen Wahl des Ministerpräsidenten im mecklenburgischen Landtag erhielten in der Stichwahl der vorgestern gestürzte Deutschnationale Freiherr von Brandenstein 24, der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident Stelling 22 Stimmen. Freiherr von Brandenstein ist somit wiedergewählt. Da er sich jetzt nicht in Schwerin befindet, mußte die Wahl der Minister verschoben werden.

In den Verhandlungen, die zwischen den Rechtsparteien vor der Wahl geführt wurden, zeigte es sich, daß es sich bei der Regierungskrise in erster Linie um eine Personenfrage handelt. Die Deutschvölkischen hatten nämlich an Stelle Brandensteins einen Mann von noch reaktionärer Gesinnung vorgesehen, als es Brandenstein schon ohnehin ist. Sie suchten den Gutsbesitzer Wendhausen zum Ministerpräsidenten zu machen, der während des Kapp-Putsches Diktator von Mecklenburg war und als solcher nicht nur die verfassungsmäßige Regierung verhaftete, sondern sich auch sonst Gewalttaten gegen Republikaner zuschulden kommen ließ. Wendhausen gehört jetzt der sogenannten deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft an, einer Gruppe, die die Deutschnationalen in ihrem eigenen Lager geschaffen haben, um den Völkischen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Den Deutschnationalen war aber die Person Wendhausens doch zu sehr belastet und sie nahmen von seiner Kandidatur Abstand.

Der Personenzwist bei den Bolschewisten.

Trotzki oder Dzierzynski?

Aus Moskau wird gemeldet: Die Frage Trotzki oder Dzierzynski wird anscheinend immer mehr akut. Nachdem Trotzki nun wieder in den Vordergrund gerückt ist und sich am ersten Mai gezeigt hat, wie beliebt er immer noch in politischen Kreisen ist, während man den früheren Tschekaführer Dzierzynski nicht vermißte, glaubt man in gut unterrichteten Kreisen, daß die Konsequenzen aus dieser Tatsache gezogen werden und daß man Trotzki anstelle Dzierzynskis zum Kommissar des Obersten Wirtschaftsrates ernennen wird, während Dzierzynski das Kriegsressort übernehmen soll. Das Herannahen der 12. Parteikonferenz am 20. Mai, wo man den Einfluß Trotzkis fürchtet, hat den Ton ihm gegenüber ganz auf Wohlwollen gestimmt. In den Schaufenstern sieht man auch schon wieder seine Bilder. Sollte Trotzki wieder seinen Einfluß gewinnen, so kann man aber sicher sein, daß er den jetzigen Machthabern, die ihn fallen ließen, das niemals vergessen wird. Sie haben den Trotzki redivivus vielleicht noch mehr zu fürchten als den im Hintergrunde arbeitenden.

Zusammenbruch des kommunistischen Streiks in Ludwigshafen. Wie aus Mannheim gemeldet wird, wird die Badische Anilin- und Sodafabrik bis Ende dieser Woche den Betrieb wieder eröffnen, nachdem sich die zur ordnungsmäßigen Durchführung des Betriebes erforderliche Zahl von Arbeitern bereiterklärt hat, unter Anerkennung des Tarifvertrages, wie er durch Schiedsspruch festgelegt worden ist, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Streik wurde seinerzeit gegen den Willen der Gewerkschaften weitergeführt.

Erfolgloser Kommunistenputsch in Belgien. Der allgemeine Ausstand, der gegen den Willen der Sozialisten von den Kommunisten im Kohlengebiet von Charleroi proklamiert worden war, hat sich als ein Fiasko herausgestellt. Der Ausstand war nur in einer Gemeinde allgemein geworden, überall sonst hat er aber fehlgeschlagen. Die kommunistische Gewerkschaftszentrale (die nur über Papiersoldaten verfügt) hat deshalb den Befehl gegeben, den Ausstand abzubrechen.

Arbeitslosigkeit unter den russischen Aerzten. Ein Aerztekongreß, der dieser Tage in Petersburg stattfand, beschäftigte sich mit der schweren Lage des Aerztestandes in Petersburg. Während die Provinz immer wieder vergeblich um die Niederlassung von Aerzten nachsucht, sammeln sich in Petersburg viel zu viel Aerzte an. Zurzeit sind 500 von ihnen arbeitslos. Der Kongreß beschloß, alle Aerzte, die sich grundsätzlich weigern, einen Ruf in die Provinz anzunehmen, aus dem Aerzteverbande auszuschließen.

Der Film und die Arbeiterschaft.

Von Dr. Ernst Weizmann.

Die Darbietungen unserer Kinotheater sollten dem Arbeiter mannigfache Anregung zum Nachdenken bieten.

Zunächst habe die Filmindustrie Europas in einer künstlerischen Krise. Dies erklärt sich daraus, daß in den wenigsten Fällen eine mittelseuropäische Gesellschaft Filme erzeugen kann, deren bedeutende Herstellungskosten durch den Absatz im eigenen Lande gedeckt werden können. Daher muß schon bei der Erzeugung mit dem Verkauf ins Ausland gerechnet werden, vor allem mit dem Verkauf nach Amerika. Das Bestreben, dem Geschmack des amerikanischen Durchschnittspublikums [illegible] entgegenzukommen, hat ganz [illegible] dazu geführt, daß man in der Filmindustrie nur sogenannte „amerikanische" [illegible] Filme zu schaffen [illegible] und daher künstlerisch dem Durchschnittsgeschmack möglichst vieler Auslandsbesucher Rechnung tragen will. Das ist nun zweifellos ein Fehler. [illegible] und wirkliche Kunst kann beim Film nur geschaffen werden, wenn jedes Land nach seiner Kunstauffassung und nach seiner Kultur für den Film das Gepräge zu leihen bemüht ist, ohne Rücksicht auf irgendeine [illegible] und deren [illegible] Geschmack. Sogar die [illegible] des eigenen Volkstums kann ruhig beibehalten werden, [illegible] gerade für die [illegible] des [illegible] Publikums viel beitragen. [illegible] zu den besten Filmerzeugnissen der Welt. [illegible] Films denken nur an den Absatz im Ausland und an die berühmte „Konjunktur", wobei sie gänzlich [illegible], daß sie dadurch den Film auf künstlerische [illegible] lenken, ohne immer den erwarteten Unternehmergewinn zu finden.

In zweiter Linie zeigt sich die verfehlte Auffassung des Filmdramas in dem Milieu, welches die heutige Kinematographie in ihren ausschließlichen Darstellungsstoffen [illegible]. Wir sehen gerade im Film in allen möglichen Formen das Leben der Reichen, das Leben einer Klasse, [illegible] in Monte Carlo oder Deauville, in Rom oder Berlin [illegible].

Die Arbeiterschaft hat aber Mittel und Wege, [illegible] und [illegible] Stimmungen [illegible] Wert für die Förderung des Films, vor allem des heimischen Films, zu sprechen. Es muß möglich sein, daß eine so große Zahl von Menschen, die im Kino Zerstreuung, Unterhaltung, Belehrung oder Kunst [illegible] suchen, [illegible]

endlich mit Entschiedenheit zur Ergänzung gestellt werden muß: für den guten künstlerischen Film.

Es erscheint freilich nicht denkbar, daß in der heutigen [illegible] Wirtschaft eine Arbeiterfilmfabrik auf gewerkschaftlicher Basis ins Leben tritt, da die bedeutenden Kapitalien, welche ein derartiges Unternehmen binden würde, den Organisationen nirgends zur Verfügung stehen; selbst in den vollkommensten Ländern, wo vielleicht sogar größere Summen aufzubringen wären, kann im Zeitalter der Gewerkschaftskämpfe ein namhaftes Kapital nicht für längere Zeit gebunden werden.

Aber etwas sehr Wichtiges können die Organisationen und Gewerkschaften überall unternehmen: die Arbeiterbildungsvereine, die Kunststellen, die Arbeitertheater und vor allem die Arbeiterpresse müssen nun endlich unter Hinweis auf die Zahl der [illegible] Arbeiter [illegible] die Forderung erheben, daß nach dem [illegible] und dem [illegible] Film (dem berüchtigten „Detektivfilm"), nach dem Sportfilm und nach dem Tierfilm dem Arbeiter gegeben werde, was ihm schon lange gebührt: der gute künstlerische Arbeiterfilm.

Es ist nicht wahr, was die Filmverleiher und Kinobesitzer so gern behaupten, daß nämlich der Arbeiter am meisten [illegible] für eine Darstellung des Lebens jener Gesellschaftsschichten, von denen Glanz und Reichtum die [illegible]. Es ist nicht wahr, daß der Arbeiter in der Vorliebe mit seinen Sensationsfilmen und der Freude an den [illegible] und Abenteurerfilmen den Filmverleiher und Kinobesitzer zwinge, derartige Werke zu kaufen und vorzuführen, und daß sonst die breite Masse des Publikums [illegible] verlange. Gerade das ist eine [illegible] Erfindung. Der Dank [illegible], der immer das [illegible] und die Moral des Zeitens [illegible] der Millionen [illegible] der Welt [illegible] Herrlichkeiten der Dynastie [illegible] Sein des [illegible] und [illegible] Schwächeren zu finden. [illegible] Die [illegible] in glänzenden [illegible] und [illegible], die Schlösser und Villen, die [illegible] und Luxus [illegible] Filmspielfilm und Kitsch und nur allem — „Kriminalfilme". Wir oft hört man den Einwand, daß solche Schilderungen schöner Räume und schöner Menschen im Film auch schöne Bilder ergeben. Der denkende Arbeiter muß [illegible] erwidern, daß er nicht in einem Filmbilderbuch blättern will, sondern im Film Kunst und Kultur, Leben und Wahrheit, vor allem aber [illegible] und gründlichen [illegible] verlange. Die Schlusszenerie und [illegible] [illegible]

guter Filme den Besuch der Arbeiter und Angestellten aus den Schundkinos an sich ziehen. Dann wird die Wandlung zum Besseren nicht lange auf sich warten lassen.

Hundert Jahre neunte Symphonie.

Am 7. Mai waren hundert Jahre verflossen, seitdem die neunte Symphonie Beethovens uraufgeführt wurde. Von der Eroika bis zu diesem epochalen Werke steigert sich die Idee jeder symphonischen Sprache machtvoll, wächst der Gedanke des aus-Nacht-zum-Licht-Dringens immer gewaltiger. Am Ende von Beethovens Schaffen und Dasein ist dieser Kampf der menschlichen Kreatur um Friede ruhiger, weiser, resignierter geworden, ja, er liegt als Erlebnis hinter dem Meister. In der Erinnerung ziehen die Bilder, künstlerisch zu höchster Reife gestaltet, an ihm, an uns vorbei, klingende Symbole einer endlich gefundenen Aussöhnung mit Schmerz, Leid, Enttäuschung und Not der Menschheit. Mit sich selber ist Beethoven ins Reine gekommen. Nebelhaft geisternd der Allegro-Satz, stolz, ein Kampf von überirdischer Heiterkeit, das Scherzo, und gar nicht mehr von dieser Welt die himmlische Beglückung, das Adagio. Hier endet die Symphonie. Das empfand Beethoven, das empfinden wir Hörer. Keine formale oder inhaltliche Brücke führt zum Schlußsatze. Nach langem Suchen und Ringen findet Beethoven in einer instrumentalen Ueberleitung, die Themen aller Sätze zusammenfaßt, den Weg ins Neuland. Millionen stürzen nieder vor dem Erleben einer starken, männlichen, nicht sinnlichen sondern feierlich geeinigten Lebensfreude. Ein herrliches, ewiges, tragisches Bekenntnis eines echten Republikaners, der Schillers „Männerstolz vor Königsthronen" verachtete, dem der Mensch in seiner Pflichterfüllung alles, ein fürstliches Gottesgnadentum gar nichts bedeutete. Künstlerisch eine ewige Fanfare, eine Fanfare für die ganze Welt, so sie sich sammeln zur Feier der Freiheit, geschrieben für eine bessere Menschheit.

Die Wagner-Woche in London hat mit einer wohlgelungenen Aufführung des „Rheingold" ihren Anfang genommen. Das Haus war lange Zeit vorher bereits ausverkauft. Der deutsche Dirigent Bruno Walter, der den Londonern von früheren Gastspielen vertraut ist, wurde bei seinem Erscheinen durch langanhaltenden Beifall begrüßt. Es war die erste Oper in deutscher Sprache, die London nach dem Kriege gehört hat.

Senat contra Jewelowski.

Eine Niederlage des Senats: Erneute, unveränderte Annahme des Amnestiegesetzes.

Die gestrige Volkstagssitzung bot äußerlich das Bild eines großen Tages. Das Haus war gut besetzt. Auf den Regierungsbänken saßen Senatoren auch Kette und zahlreiche Regierungsbeamte. Auf den Tribünen zeigte sich ein beängstigendes Gedränge. Alle warteten gespannt der Dinge, die da kommen sollten. Pünktlich um ¼4 Uhr eröffnete der Präsident Dr. Treichel die Sitzung und erteilte dem Senatspräsidenten Sahm das Wort, der in einer längeren

Erklärung zu den Jewelowskischen Enthüllungen

Stellung nahm. Einleitend heißt es in der Erklärung, daß der Senat nicht wie Herr Jewelowski Einzelheiten von außenpolitischer Tragweite aus den Verhandlungen des Senats der Oeffentlichkeit preisgeben werde. Dann werden die Stellen aus dem „Schwarzen Adler" zitiert, die den Anlaß zu der Jewelowskischen Abwehraktion gaben. Der Senat erklärt, daß er sich der darin enthaltenen Bewertung der Politik des Herrn Jewelowski nicht anschließen kann. Zur Vermeidung jeder Mißdeutung erklärt deshalb der Senat, daß keinerlei Anzeichen dafür vorliegen, daß Herr Jewelowski mit dem ihm anvertrauten Amte Mißbrauch im eigenen geschäftlichen Interesse getrieben habe.

Die Zollverhandlungen.

Jewelowski nahm in der Abwehrschrift für sich in Anspruch, daß er bei den Zollverhandlungen wichtige Erfolge erzielt hätte. Der Senat bestreitet jedoch, daß sich Senator Jewelowski bei den Verhandlungen über den Anteil Danzigs aus den Zolleinnahmen besonders verdient gemacht hat. Er erklärt, daß die Behauptungen J. bei späteren Verhandlungen von der Gegenseite verwertet werden könnten zum Schaden Danzigs. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen. Zuruf links: Wegen Hochverrat verhaften lassen!) Weiter beschäftigte sich alsdann die Erklärung mit der Tätigkeit Jewelowskis bei Abschluß des Warschauer Vertrages. Ein solcher Vertrag könne nur als Ganzes bewertet werden. Die Behauptung J., daß er bei diesen Verhandlungen mehr herausgeholt habe als nach dem starren Wortlaut des Versailler Vertrages und der Pariser Konvention zu erwarten gewesen wäre, wird vom Senat als gefühlsmäßige Empfindung und als gefährlich bezeichnet. Jewelowski hatte an dem Wirken des deutschnationalen Senators Kette in Warschau scharfe Kritik geübt. Der Senat erklärt, daß Kette als Vertrauensmann der Deutschnationalen Partei teilgenommen habe. Bei Nennung des Namens Kette entstand große Unruhe auf der linken Seite. Kette wird als Schieber bezeichnet und an seine Tätigkeit in dem Viehhandelsverband erinnert. Die Zwischenrufe wollten kein Ende nehmen, so daß im reichsten Maße Ordnungsrufe erteilt wurden.

Der Grund zu den

Differenzen zwischen den Zollverwaltungen

soll nach Jewelowskis Darstellung in sträflichen Ungeschicklichkeiten Danzigs liegen. Der Senat erklärt, daß der Grund dafür in der zwischen Danzig und Polen stark von einander abweichenden Auslegung der Bestimmungen der Pariser Konvention und des Warschauer Abkommens über die Zölle liege. Bei den Verhandlungen über die Zölle in Genf habe es sich für Danzig darum gehandelt, ein Kompromiß mit Polen als das kleinere Uebel zu wählen. Hierbei habe es sich nicht um Preisgabe von Hoheitsrechten gehandelt, sondern um die Auslegung einer strittigen Bestimmung der Pariser Konvention, die durch das Warschauer Abkommen nicht genügend geklärt gewesen sei. Es sei auch kein Geheimabkommen mit Polen geschlossen worden. Das Ergebnis der Verhandlungen sei im Hauptausschuß des Volkstages und der Oeffentlichkeit mitgeteilt worden. Senator Jewelowski nimmt für sich in Anspruch, die

Verpfändung der Domänen

verhindert zu haben. Vom Senat wird zugegeben, daß damals der Wunsch eines Geldgebers es war, für die Sicherung einer vom Senat aufgenommenen schwebenden Schuld eine Hypothek auf die Domänen und die Forsten des Staates zu erhalten. Als Jewelowski dagegen Widerspruch erhoben habe, wäre eine Eintragung ins Grundbuch noch nicht erfolgt und sei noch späterhin nicht geschehen. Auf die Erklärung des früheren Senators Jewelowski, daß der Senat gegen die

Einführung einer neuen Währung

Widerstand geleistet habe, erklärt der Senat, daß dies unzutreffend sei. Die Auffassung von dem richtigen Zeitpunkt für die Einführung einer neuen Währung könne jedoch sehr verschieden sein. Die Ausführungen des Herrn Jewelowski seien geeignet, unsere Währung zu beeinträchtigen. Der Senat protestiert mit aller Entschiedenheit dagegen, daß in dem Genfer Währungsabkommen irgend welche Hoheitsrechte Danzigs preisgegeben sind. Zu der Kritik an dem Währungskredit erklärt der Senat, daß die getroffenen Maßnahmen sich sehr gut bewährt hätten und daß die engen Beziehungen zwischen der Bank von England und der Bank von Danzig eine nicht zu unterschätzende Stärkung des Kredits und des Ansehens der Bank von Danzig bedeuten. Die Bank von England erklärte sich bereit, einen Rediskontkredit in Höhe von 200 000 Pfund Sterling einzuräumen, was die einfachste und naturgemäßigste Lösung des Problems sei. In absehbarer Zeit werde die Inanspruchnahme des Rediskontkredits für die Bank von Danzig nicht in Frage kommen. Die von ihr durchgeführte Ablösung der Zwischengulden durch ihre Noten habe die Bank von Danzig in den Besitz erheblicher Pfundguthaben gesetzt, die den Betrag des Rediskontkredits wesentlich übersteigen. Ihre finanzielle Position sei dadurch wirksam gestärkt.

Die Umwandlung der Feuersozietät

wurde von Jewelowski als eine Schiebung bezeichnet. Der Vorwurf richtet sich insbesondere gegen den Senator Kette. Dazu erklärte der Senat, daß er nach Aufklärung der Sach- und Rechtslage am 4. Mai 1923 den Beschluß gefaßt habe, anzuerkennen, daß weder dem Staat (Freie Stadt Danzig), noch der Stadtgemeinde Danzig irgend welche Rechtsansprüche bezüglich des Vermögens der ehemaligen Feuersozietät und der „Die Danzig" Versicherungs-Aktiengesellschaft zustehen. Alle Vorwürfe gegen Senator Kette seien völlig unbegründet. Als es dann in der Erklärung weiter hieß, daß die Versicherungs-Aktiengesellschaft „Die Danzig" 20 ihrer Aktien zu je 1000 Dollar für eine wohltätige oder soziale Stiftung zur Verfügung gestellt habe, wurde von der linken Seite des Hauses immer wieder die Frage gestellt,

wann das geschehen sei.

Der Präsident mußte seine Rede unterbrechen. Es hagelte Zwischenrufe und Ordnungsrufe. Da es Sahm unmöglich war, in seiner Erklärung fortzufahren, setzte Präsident Dr. Treichel den Hut auf, als Zeichen der Vertagung der Sitzung. Nur langsam leerte sich der Saal. Ueberall bildeten sich eifrig diskutierende Gruppen.

Nach etwa einer halben Stunde trat das Haus erneut zusammen. Präsident Sahm erklärte, daß er auf die gestellte Frage keine Antwort geben könne, da der Wortlaut der Erklärung vorher festgelegt worden sei. In den Schlußbetrachtungen erklärte Senatspräsident Sahm, daß Jewelowski einen Verstoß gegen die Amtspflichten und eine Verletzung des durch die Uebertragung eines öffentlichen Amtes bekundeten Vertrauens begangen habe.

Auf Antrag des Abg. Gen. Rahn wurde formell eine Besprechung der Regierungserklärung beschlossen und diese Besprechung auf den heutigen Donnerstag vertagt.

•

Das zurückgegebene Amnestiegesetz

stand alsdann zur Beschlußfassung. Für die Deutschnationalen erklärte der Abg. Bürgerle, daß sie mit dem ablehnenden Standpunkt des Senats einverstanden seien; er beantragte nochmalige Ueberweisung des Gesetzentwurfs an den Rechtsausschuß.

Abg. Gen. Dr. Kamnitzer

trat dem Ansinnen des Senats scharf entgegen und betonte unter lebhafter Zustimmung, daß die Fraktion der VSP. die Zurückgabe des Amnestiegesetzes durch den Senat als eine überhebliche Anmaßung des Senats und eine Brüskierung der Volkstagsmehrheit, die dieses Gesetz beschlossen hat, ansieht. Die Rückgabe des Gesetzes stellt einen Racheakt der Deutschnationalen dar. Da nun die bisherigen Arbeiten des Volkstages bereits gezeigt haben, daß bei der Zusammensetzung des Hauses die deutschnationale Fraktion noch sehr oft damit zu rechnen haben wird, daß ein Gesetz gegen ihre Stimmen angenommen wird, so kann diese Art der Gesetzessabotage zu einer für Danzig sehr verderblichen Methode werden. Deshalb verlangt schon dieser erste Fall schärfste Zurückweisung. Wer noch Zweifel daran hat, daß es nicht sachliche Gründe waren, die die Zurückgabe des Gesetzes veranlaßt haben, der braucht nur die Begründung des Senatsbeschlusses zu lesen.

Welches rechtlich denkende Mitglied dieses Hauses empfindet es nicht als eine unerhörte Zumutung, daß unsere Gen. Rahn und Schmidt es sich von dem in seiner hauptsächlichen Zusammensetzung gleichen Senat, der die Justizkomödie ihrer Verhaftung und Verurteilung inszeniert hat, sollen gefallen lassen, daß er sie jetzt begnadigt mit der Geste: Wir haben euch einen Denkzette lgegeben, wir haben unser Mütchen an euch gekühlt, jetzt könnt ihr laufen? Ueberhaupt sollte der Senat die Wahrung des Rechtsgefühls und den Schutz des Ansehens der Rechtspflege, von denen er mit Emphase in seiner Begründung spricht, lieber dem Volkstage überlassen; denn wer glaubt einem Senat solche großen Worte, der in den Grenzen des Landes einen Spielklub duldet, dessen gesamten Geschäftsbetrieb das oberste Gericht des Staates wiederholt als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet hat!

Der Senat fühlt sich anscheinend als Fortsetzung des monarchistischen Gottesgnadentums. Wer diesen versteckt monarchistischen Gottesgnadenstandpunkt des Senats teilt, der mag jetzt gegen das Gesetz stimmen. Wer aber zu dem Satze der Verfassung steht, daß die Gewalt vom Volke ausgeht, der kann nichts anderes tun, als er getan hat: Er muß dafür eintreten, daß das Gesetz bleibe und durchgeführt werde, was die Mehrheit der gewählten Vertreter des Volkes nach reiflicher Beratung beschlossen hat.

Hakenkreuz — Sowjetstern.

Abg. **Raube** (K.) verurteilte den Standpunkt des Senats aufs schärfste und provozierte dabei den Hakenkreuzler **Stahnfeldt**, der darauf erregt antwortete und sich u. a. auch mit den persönlichen Verhältnissen Raubes beschäftigte. Raube arbeite für Sowjetrußland und Polen. Die Kommunisten drängten zur Rednertribüne, und es hatte den Anschein, als wenn es zu Tätlichkeiten kommen sollte.

Abg. Gen. **Rahn** wandte sich gegen eine nochmalige Ausschußberatung des Gesetzes, da neue Momente seit der Verabschiedung des Gesetzes nicht eingetreten seien. Das Haus möge sofort über das Amnestiegesetz abstimmen.

Eine Niederlage der Regierung.

Es kam alsdann der Antrag auf nochmalige Ausschußberatung zur Abstimmung. Für diesen Antrag stimmten die Deutschnationalen, die Deutschsozialen und Teile des Zentrums; die übrigen Fraktionen dagegen. Da das Abstimmungsergebnis zweifelhaft war, wurde zur Auszählung geschritten, die die Ablehnung des deutschnationalen Antrages mit 54 gegen 54 Stimmen ergab. Die VSP. war vollzählig auf dem Plan, sogar ein seit längerer Zeit erkranktes Mitglied war zu dieser wichtigen Abstimmung erschienen.

Dann stand § 1 des Amnestiegesetzes zur Beschlußfassung. Er wurde in namentlicher Abstimmung mit 65 gegen 41 Stimmen und 3 Stimmenthaltungen angenommen. Die Mehrheit bestand aus der Linken, den Polen, dem größten Teil des Zentrums, einigen Abgeordneten der Deutsch-Danziger Fraktion und der Aba-Gruppe. Deutschnationale und die Hakenkreuzler blieben in der Minderheit. Die gleiche Mehrheit nahm sodann auch die übrigen Paragraphen des Gesetzes unverändert an. Bemerkenswert ist, daß die gleiche Stimmenzahl (65) wie bei der ersten Verabschiedung des Gesetzes erreicht wurde. Das Ergebnis der Abstimmung löste auf den Regierungsbänken und bei den Deutschnationalen große Bestürzung aus. Das Haus vertagte sich alsdann auf heute nachmittag.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde vorgestern nachmittag An der großen Mühle in der Radaune gefunden. Man fischte einen verschnierten Pappkarton aus dem Wasser, der die Leiche eines Kindes männlichen Geschlechts enthielt. Das Kind war mit einem Hemdchen ohne Zeichen bekleidet und ist wahrscheinlich lebend in die Radaune geworfen worden. Die Tat kann höchstens 3 bis 4 Tage zurückliegen. Zweckdienliche Angaben werden nach Zimmer 38 des Polizeipräsidiums erbeten.

Mittelschullehrerprüfung. In den Tagen vom 2. bis 6. Mai fand die Frühjahrs-Mittelschullehrerprüfung in Danzig statt, die von den Herren: Richard Alester-Danzig, Johann Reuß-Danzig, Leo Wawer-Ohra, Karl Löwner-Schiewenhorst bestanden wurden.

Wird es ernst?

Anträge auf Verkleinerung des Beamtenapparats.

Seit Jahr und Tag wird nun bereits über die Notwendigkeit eines Abbaues des riesig aufgeschwemmten Beamtenapparats des Freistaates geredet. Wenn je, so trifft hier das Wort des Dichters zu: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen!" Aber so oft auch die Sozialdemokratie im Volkstag einen Vorstoß auf Einschränkung der Verwaltung unternahm, die bürgerlichen Parteien lehnten geschlossen jede Einschränkung ab. Jetzt, nachdem, wie Eingeweihte versichern, der Finanzsenator ob der unerträglichen Belastung seiner Kasse durch den umfangreichen Verwaltungsapparat nicht mehr ein und aus wissen soll, scheint es auch in den bürgerlichen Parteien zu dämmern. So hat jetzt die Deutsche Partei, die schon früher von der Sozialdemokratie geforderten Einschränkungsmaßnahmen wenigstens für einige Verwaltungszweige, wenn auch nur im bescheidenen Maße aufgenommen. Fehlt allerdings bei den von dieser Gruppe gestellten Anträgen noch vieles, um von wirklich durchgreifenden Maßnahmen zu sprechen, so lassen die geforderten geringen Einschränkungen selbst für die Zollverwaltung und Schupo auf einen erfreulichen Stimmungsumschwung in den bürgerlichen Kreisen hoffen.

Der wichtigste Antrag der Deutschen Partei will eine Einschränkung des Beamtenapparats der Zollverwaltung um 10 Prozent. Es sollen in dem Haushaltsplan folgende Stellen gestrichen werden: 1 Oberregierungsrat, 1 Zolldirektor, 2 Zollamtsräte, 1 Volkswirt, 1 Oberzollinspektor, 1 Dollmetscheroberinspektor, 1 Oberzollkontrolleur, 2 Lehrer der Zollschule, 10 Zollsekretäre, 24 Zollassistenten, 6 Zollhauptwachtmeister, 9 Zolloberwachtmeister, 38 Zollwachtmeister, 8 Zollunterwachtmeister, 1 Oberamtsgehilfe, 1 Amtsgehilfe. Die Antragsteller sind der Ansicht, daß bei zweckmäßiger organisatorischer Einteilung und entsprechender Verwendung der Beamten dieser Abbau, der eine Ersparnis von etwa 400 000 Gulden bedeutet, durchaus möglich sei. Wir sind der Auffassung, daß sogar, besonders in den höheren Stellen der Zollverwaltung eine noch erheblich größere Einschränkung durchführbar sei.

Bei der Schupo sollen nach dem Antrage der Deutschen Partei nur die neu geplanten Stellen (1 Oberleutnant, 1 Leutnant, 1 Hauptwachtmeister, 33 Oberwachtmeister und 19 Wachtmeister) erspart werden. Auch diese Forderung bleibt wesentlich hinter der bei dieser Stelle tatsächlich möglichen Einsparung zurück. Gerade die Schupo ist in einem Umfange aufgezogen, der dringend ganz erhebliche Einschränkungen notwendig macht. Weiter ist noch der Antrag gestellt, die für das überflüssige Oberverwaltungsgericht und den verfassungswidrigen Bezirksausschuß eingesetzten Beamtenstellen (1 Staatsrat, 2 Oberregierungsräte und 2 Regierungsinspektoren) zu streichen. Ferner ist beantragt, das Landratsamt Danziger Höhe aufzuheben und mit dem für Danziger Niederung zu einer Kreisverwaltung Danzig-Land zusammenzulegen. Schließlich soll der Senat noch eine genaue Aufstellung vorlegen, wie sich die einzelnen Beamten auf die einzelnen Abteilungen und Aemter verteilen, um eine Nachprüfung zu ermöglichen.

Wenn es auch noch nicht viel ist, was hier gefordert wird, so ist es doch immerhin ein Anfang. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß, nachdem nun auch in bürgerlichen Parteien die Einsicht dämmert, diesen Gelegenheit gegeben wird, für eine wirklich durchgreifende Einschränkung des unerträglichen Beamtenapparates einzutreten. Der Abbau ist nicht länger aufzuschieben und auch bei allen anderen Dienststellen des Senats mit großem Erfolg durchzuführen. An den Abbau auch der Beamten, und nicht nur, wie bisher, der Angestellten kann um so leichter herangegangen werden, als den meisten Beamten jetzt noch das Rücktrittsrecht nach Deutschland offen steht, sie also wirtschaftliche keine Nachteile haben. Es kommt also nur auf den Willen an.

Beim Durchschwimmen des Kaiserhafens ertrunken. Drei Matrosen von dem im Kaiserhafen liegenden Dampfer „Viabor" haben gestern in später Abendstunde versucht, am Milchpeter die Weichsel zu durchschwimmen, um auf ihr Schiff zu gelangen. Zwei von ihnen sind dabei ertrunken, während der dritte noch rechtzeitig an das Ufer an der Gasanstalt zurückschwimmen und sich retten konnte. Die Matrosen waren im Laufe des Nachmittags von Bord gegangen, haben in der Stadt verschiedene Lokale besucht und waren angeheitert. Da sie einen anderen Weg nach ihrem Schiff nicht fanden, sind sie übereingekommen, über den Fluß zu schwimmen, wobei zwei von ihnen ihr Leben einbüßten. Die Leiche des einen Ertrunkenen ist bereits geborgen.

Die Städt. Sparkasse kündigt heute eine erhebliche Erhöhung ihrer Zinssätze für Spareinlagen auf 8 bis 12 Prozent an. Gleichzeitig gibt das Institut bekannt, daß es Kredite gegen Sicherheit gewährt und zwar wie wir hören, zu verhältnismäßig niedrigen Zinssätzen. Angesichts der wirtschaftsfeindlichen Kreditpolitik der Banken und der hohen Diskontopolitik der Bank von Danzig ist das Vorgehen der Städt. Sparkasse nur zu begrüßen.

Als Leiche aus der Mottlau geborgen wurde in der Nähe des Häkertores der Fleischergeselle Paul Kalkowski aus Hochstrieß, der sich in den Abendstunden des 7. April in selbstmörderischer Absicht von der Langenbrücke aus in Wasser stürzte und ertrank. Kalkowski war früher in Langfuhr, Hauptstraße 79 wohnhaft, hat aber kurz vor seinem Tode seine Wohnung verlegt, die bisher nicht ermittelt werden konnte. Personen, die zweckdienliche Angaben, insbesondere darüber, wo und bei wem Kalkowski vor seinem Tode gewohnt hat, machen können, werden gebeten, sich auf Zimmer 37 des Polizeipräsidiums zu melden.

Der Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten plant Ende Mai eine Ausstellung und ein Verkauf von künstlerischen Krüppelarbeiten im Haus „Weichsel". Die Ausstellung soll die Oeffentlichkeit auf die Arbeiten und Ziele der Krüppelselbsthilfe hinweisen und das Schaffen und Können körperlich behinderter Personen veranschaulicht werden.

Danziger Standesamt vom 7. Mai 1924.

Todesfälle. Rentier, Deichhauptmann a. D. Friedrich Nickel, 70 J. 2 M. — Totgeb. Sohn des Werftarbeiters Friedrich Brendtke. — Sohn des Schlossers Johannes Lorbitski, 3 J. 6 M. — Sohn des Weichenwärters Paul Kitschke, 1 J. 5 M. — Witwe Lina Hahn geb. Jopp, 78 J. — Schlosser Johannes Harder, 30 J. 4 M. — Schneider Franz Wiemer, 64 J. 6 M. — Frau Ida Gabriel geb. Güsten, 46 J. 4 M. — Witwe Rosalie Dobrzewinski geb. Colet, 86 J. 3 M. — Geschäftsreisender Max Krause, fast 33 J. — Totgeb. Sohn des Kaufmanns Johannes Kalirowski. — Musketier Ernst Friedrich Papke I, gestorben am 10. 9. 14 in russischer Gefangenschaft. Angehörige des Verstorbenen oder Bekannte, welche Auskunft über die Personalien pp. geben können, wollen sich im Standesamt 1 baldmöglichst melden.

Die Abschlüsse der Konsumgenossenschaften. Die Revisionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gehen vor ihren Jahresversammlungen, denen sie ihre Berichte für das Jahr 1923 vorlegen. Diese Berichte sind insofern von besonders geschichtlicher Bedeutung, als die gemachten Angaben die Misere jenes Unglücksjahres ausdrücken, die beispiellosen Erscheinungen auf dem Waren- und Geldmarkt und ihre Auswirkungen auf das Geschäftsleben der Konsumgenossenschaften widerspiegeln. In der zweiten Jahreshälfte trat im rasenden, sich überschlagenden Tempo die völlige Verwüstung des Markwertes ein und damit die ungeahnte geschäftliche Not auch für die Konsumgenossenschaften. Es war eine stärkste Probe auch auf die Kraft der Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Konsumgenossenschaften haben erhebliche Substanzverluste erlitten durch Warenabgaben unter dem Wiederbeschaffungspreis und durch die drückende Last unproduktiver Tätigkeit. War es doch so, daß in den letzten Monaten des Jahres mindestens die Hälfte des Personals mit Geldzählen, Nullenschreiben, Preisveränderungen, Bestandaufnahmen und Ausrechnen von Differenzscheinen beschäftigt war. Zahlenmäßige Vergleiche mit früheren Jahren haben diesmal keinen Sinn, sofern nicht gewisse prozentuale Gegenüberstellungen und feste Begriffe in Frage kommen. Charakteristisch ist der ungewöhnliche Mitgliederzustrom zu den Genossenschaften trotz der vielfachen Eintrittssperren, die der Warenmangel und die Rücksicht auf die alten und treuen Genossenschafter einfach geboten. Auf das so in ungekanntem Maß ausgedrückte Zutrauen zu den Konsumgenossenschaften muß sich der Wille zur Tat des Wiederaufbaues dort gründen, wo die Not des Jahres 1923 hemmend und zerstörend aufgetreten ist.

Aus dem Osten

Marienburg. Eine Vermittlungsaktion in dem nun schon seit vielen Wochen andauernden Streik nebst Aussperrung im Baugewerbe hat der Erste Bürgermeister durch Verhandlung mit zahlreichen Vertretern beider Teile im Neuen Rathaus unternommen. Zu einem Erfolge konnten die Verhandlungen gestern noch nicht geführt werden, werden jedoch fortgesetzt.

Königsberg. Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Schupo. Für Dienstag nachmittag war die Beerdigung des bei dem Zusammenstoß zwischen kommunistischen Maifeiernden und Schutzpolizisten am Donnerstag erschossenen Arbeiters Mikat angesetzt worden, der aus Danzig stammt. Die Kommunisten hatten die Absicht, diesen Anlaß zu einer großen politischen Demonstration auszubeuten. Sie hatten ihre Anhänger aufgefordert, sich geschlossen am Leichenzuge zu beteiligen mit Fahnen, Bannern und Transparenten, mit Frauen und Kindern. Unter diesen Umständen hat die Polizei angeordnet, daß die Leiche bereits zu einem früheren Zeitpunkte aus dem Leichenschauhause nach der Leichenhalle des Gemeindefriedhofs gebracht werde. Dies geschah denn auch. Als die Kommunisten zur Teilnahme am Leichenzuge erschienen, befand sich die Leiche bereits am Gemeindefriedhof. An mehreren Stellen der Stadt kam es zu kleineren und größeren Ansammlungen, die von der Polizei zerstreut wurden. Vom Roßgärter Tor aus setzte sich ein Zug von etwa 2000 Teilnehmern mit vielen Fahnen nach dem Gemeindefriedhof in Bewegung. Unter den linksgerichteten Arbeitern herrscht eine Stimmung gegen die Schutzpolizei, die ständig Zusammenstöße herbeiführen kann. In den Nachtstunden verlautet, daß in der Arbeiterschaft große Neigung zu einem Generalstreik bestehen soll. Auch in nichtkommunistischen Arbeiterkreisen hört man die Geneigtheit dazu. Begründet wird die Erregung damit, daß der erschossene Polizeioberwachtmeister mit großen Ehren beigesetzt wurde, während die Leiche des Arbeiters heimlich auf den Friedhof geschafft wurde.

Pillkallen. Zwei verstümmelte Leichen wurden hier im Fluß gefunden. Die Identität des einen Ermordeten ist jetzt festgestellt, und zwar handelt es sich um den Altsitzer Friedrich Beitzan aus Romanuppen, Kreis Stallupönen. Bei der Sektion der Leichen stellte es sich heraus, daß die Tat mit bestialischer Grausamkeit ausgeführt sein muß, denn die Leichen waren unmenschlich zerhackt. Da der Mord im Kreise Stallupönen ausgeführt worden ist, wurden, um die Spur zu beseitigen, die Leichen hierhergebracht, mit Steinen beschwert und in den Fluß geworfen.

Tilsit. Eine aufregende Verbrecherjagd spielte sich in der Nähe des Bahnhofs ab. Die hiesige Landeskriminalpolizei hatte davon Kenntnis erhalten, daß mit einem der Züge ein lang gesuchter Einbrecher ankommen sollte, und sich infolgedessen in einer Stärke von drei Mann auf dem Bahnhof zum Empfang bereitgestellt. Der Einbrecher, der auch tatsächlich ankam, suchte sich seiner Verhaftung durch die Flucht zu entziehen. Er lief die Yorkstraße entlang und schoß dabei mit einem Revolver wie wild um sich, ohne glücklicherweise jemand zu verletzen. In der Yorkstraße lief er in ein Haus hinein, wo er von den Beamten festgenommen werden konnte.

Stralsund. Ein Stettiner Dampfer geborgen. Im März sank bei Barhöft der im Eise eingekeilte Frachtdampfer „Otto Ippen 20“ auf fünf Meter Wassertiefe. Nach Eintritt günstigerer Witterung unternahm die hiesige Reederei Prätz mit ihrem Bergungsdampfer „Herkules“ unter Zuhilfenahme der beiden Kreideprähme „Greifswald“ und „Saßnitz“ die Bergung. „Otto Ippen 20“ wurde, nachdem der Rumpf notdürftig abgedichtet war, in den hiesigen Hafen geschleppt und am Bollwerk der Ippen-Dampfer befestigt. Das Schiff ist schwer beschädigt. Der ganze Aufbau, die Masten, der Schornstein, das Steuerhaus, ist abrasiert. Der größte Teil der Ladung wurde schon früher durch einen Taucher der Reederei Prätz herausgeholt. Ein kleinerer Teil, der noch im Schiffsraum verblieb, dürfte verdorben sein.

Aus aller Welt

Große Minenfelder in der Ostsee. Der Spruch des Stettiner Seeamtes, der kürzlich den Untergang eines deutschen Schiffes in der Ostsee auf die Explosion einer Seemine zurückführte, findet durch eine ungeheuerlich klingende Mitteilung seine Bestätigung. In der östlichen Ostsee sind Minenfelder entdeckt worden, die sich über 280 Quadratmeilen erstrecken. Man erinnert sich der bis heute noch unaufgeklärten Verluste deutscher, schwedischer und russischer Schiffe im vergangenen Sommer, z. B. bei Gothland und Oesel. Diese Verluste dürften jedenfalls auf Minen zurückzuführen sein, die sich aus dem jetzt entdeckten Minenfeld losgerissen haben. Das verankerte Minenfeld ist russischen Ursprungs und liegt etwa am Eingang zum Finnischen Meerbusen von Porkalla-Udde ostwärts. Bisher sind viele Minen aufgefunden worden, die eine ungeheure Gefahr auch für die deutsche Schiffahrt sind. Mit der Bergung der Seeminen hat die finnische Regierung begonnen.

Vier Fabriken vom Feuer zerstört. In dem Walzwerk der Bergischen Stahlindustrie in Remscheid brach ein Großfeuer aus, das das Hammerwerk und das Oellager mit sämtlichen Oeltanks vernichtete. — Ein Großfeuer in Rübenau (Sachsen) vernichtete die Holzspielwarenfabrik Karl Glöß. Der Bau ist bis auf die Grundmauern abgebrannt. — Durch ein Großfeuer wurde die Bossummsche Lack- und Farbfabrik in Alfeld vollständig zerstört. — Ein Großfeuer in der Fabrik Cridi, Kraftfahrzeugbau-A.-G. in Brötzingen (Baden), verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit und zerstörte die Schreinerei, die Licht- und Kraftanlage, die Schmiede und große Holzlager.

Ueberschwemmungen im Rheinland. Weite Gebietsteile der Rheinniederung sind überschwemmt. Die Mainschiffahrt und die Flößerei sind eingestellt. Aus den rheinischen Gebieten wird gemeldet, daß dort der Fluß über die Ufer getreten ist. In Walluf, Erbach, Hattenheim, Oestrich, Geisenheim und Rüdesheim stehen Wiesen und Felder unter Wasser. Zwischen Hattenheim und Erbach steht das Wasser bis zur Chausseegrenze. Aus Wimpfen wird gemeldet, daß der Neckar am Montag 298 Zentimeter hoch war und jetzt langsam fällt. Aus Worms wird gemeldet, daß das Hochwasser des Rheins 405 Zentimeter erreichte, jetzt aber ebenfalls im Fallen begriffen ist. Nach einer Meldung aus Koblenz ist wegen des Hochwassers auf der Schiffsbrücke der Fuhrwerksverkehr gesperrt. Die größeren Werftbahnen mußten den Betrieb einstellen.

Das Ende einer zerrütteten Ehe. Unter der Anklage des Totschlages hatte sich in Berlin die Arbeiterin Klara Simon vor dem Schwurgericht zu verantworten. Am 21. Mai v. Js. hat die Angeklagte ihrem Mann mit einem Küchenbeil sechs Schläge auf den Kopf versetzt und dadurch seinen Tod herbeigeführt. Die Angeklagte behauptete, daß sie in Notwehr gehandelt habe. Sie habe an dem Abend ihren Mann aus einem Schanklokal holen müssen, da er immer den ganzen Arbeitsverdienst vertrunken habe. Zu Hause habe er Geld genommen und wieder zu seinen Kneipfreunden zurückkehren wollen. Als sie das Geld zurückverlangte, habe er sie geschlagen, und da habe sie in der Aufregung zum Beil gegriffen. Mehrere Zeugen bekundeten, daß die Angeklagte ihren Mann, der schwächlich und verkrüppelt war, häufig geschlagen habe und daß der Mann vor seiner robusten Ehefrau stets in Angst und Furcht gewesen sei. Andererseits brachte der Verteidiger der Frau mehrere Zeugen bei, die bekundeten, daß der Getötete seine Frau ebenfalls mißhandelt habe und auch einmal mit dem Messer auf sie losgegangen sei. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagte zwar nicht in Notwehr gehandelt habe, aber auch nicht in der Absicht, ihren Mann zu töten. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang.

Eine Ortschaft von einem Orkan zerstört. Durch ein Unwetter wurde das Dorf Kleinberndten (Grafschaft Hohenstein am Harz) fast vollständig vernichtet. Von etwa 50 Häusern, die von dem orkanartigen Gewitter beschädigt wurden, sind 20 ganz besonders scharf betroffen. Von den Häusern wurden die Dächer abgedeckt, die Fensterscheiben und Fensterkreuze durch herumfliegende Ziegelsteine eingeschlagen oder herausgerissen. Das Dorf macht den Eindruck, als sei es von Artillerie beschossen worden und gleicht einem Trümmerhaufen. Ob Menschenleben zu beklagen sind, steht noch nicht fest.

Internationaler Schwimm-Wettkampf. Der auf der Rückreise aus Australien in seine Heimat befindliche schwedische Meisterschwimmer Arne Borg traf in Honolulu mit dem Olympiasieger 1912, Kahanamoku, über 200 Meter zusammen, blieb aber in 2:19,1 leichter Sieger, da Kahanamoku 2:26 benötigte. Bei dieser Gelegenheit stellte Kealoha im 100-Meter-Rückenschwimmen mit 1:12,2 einen neuen Weltrekord auf.

Der Kampf um die deutsche Box-Mittelgewichtsmeisterschaft zwischen dem Titelhalter Prenzel und seinem Herausforderer Milenz soll am Freitag, den 30. Mai, in Berlin stattfinden. Der Meisterschaftskampf bedeutet gleichzeitig den Abschluß der Boxsportsaison im Sportpalast.

Auf abschüssiger Bahn. Vor dem Schöffengericht Charlottenburg stand mit mehreren Diebeskameraden als Führer einer Kolonne für Pelz- und Teppichdiebstähle ein Sohn des kürzlich verstorbenen Zeremonienmeisters Wilhelm v. Keudel. Er war 1915 bei der Marine eingetreten, mußte 1917 den Dienst verlassen und wurde bei einem Darmstädter Feldartillerieregiment als Fähnrich angenommen und wurde dann Offizier. Einen Urlaub im Sommer 1918 benutzte er, um bei seinem Schwager in Berlin wertvolle Gobelins zu stehlen, trieb sich in Spielklubs herum, wurde vom Kriegsgericht wegen Fahnenflucht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt und führte nun ein unstetes Wanderleben, bis die Eltern ihn in einer Irrenanstalt unterbringen und entmündigen ließen. Er wurde entlassen, und der Vater verlangte, daß er entweder in die Fremdenlegion oder in die Heilsarmee eintrete. Der Sohn tat keines von beiden, sondern setzte seine Verbrecherlaufbahn fort und brach mit seinen Kollegen in das Familienschloß Schwedda bei Eschwege ein, wo Teppiche und Familiensilber geraubt wurden. Inzwischen ist v. Keudel Mitbesitzer des Familiengutes geworden. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen. Zeilenpreis 15 Guldenpfennig.

Arbeiter-Jugend Bürgerwiesen. Heute abend fällt die Veranstaltung aus. Morgen, Freitag, den 9. Mai, 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Papin (Werder Tor).

D. M. V. Former und Gießereiarbeiter. Donnerstag, den 8. Mai, abends 6 Uhr, Tischlergasse 49: Branchenversammlung. (12891

Volkstagsfraktion der V. S. P. D. Freitag, abends 7 Uhr, Fraktionssitzung.

Arbeitsgemeinschaft der Liga für Menschenrechte. Sonnabend, den 10. Mai, abends 7.30 Uhr, im Saal der Naturforschenden Gesellschaft, Frauengasse 26, große Versammlung. Themen: 1. Arbeitsbericht, 2. Wilson. Erscheinen aller Gesinnungsfreunde unbedingt erforderlich.

12535

Die Leute auf Hemsö.

Erzählung aus den Schären

1) von August Strindberg.

Carlsson wollte in Dienst gehen. Er kam wie ein [illegible] am Aprilabende und trug eine [illegible] am Riemen über der Schulter. Klara und Lotte hatten sich mit dem Segelboote eingefunden, ihn an der Dalaröbrücke abzuholen. Allein so rasch ließ sich nicht an die Abfahrt denken. Zuerst mußten sie zum Kaufmann, um eine Tonne Teer zu bezahlen, und in die Apotheke, für das Ferkel graue Salbe zu kaufen. Dann hatten sie eine Marke auf der Post zu holen und endlich mußten sie noch zu Fia Lövström, die unten am Kreuz wohnte, da sie ihr gegen ein halb Pfund [illegible] zum Ausbessern der Netze den Hanfhahn zu leihen unternahm. Und zu allerletzt ging es in den Gasthof, wohin Carlsson sie auf Kaffee und Weißbrot eingeladen hatte. Endlich saß man denn doch im Boote. Da aber wollte Carlsson das Steuer lenken, und das verstand er nicht. Er hatte noch nie ein Boot mit einem einzigen Rahsegel gesehen und rief denn den andern zu, das Focksegel, das es hier gar nicht gab, zu hissen.

Auf der Zollamtsbrücke standen die Lotsen und Amtsdiener und lachten über das wunderliche Gebaren, als das Schiff gegen den Wind ging und in der Richtung des [illegible] getrieben wurde.

„Hallo! Hast ein Leck im Boot!“ schrie ein angehender Lotse gegen den Wind. „Stopf es, stopf es zu!“ — Und während nun Carlsson nach dem Leck umschaute, schob ihn Klara beiseite, das Steuer ergreifend, und Lotte glückte es mit Zuhilfenahme der Ruder, das Boot wieder vor den Wind zu bringen, so daß es nun mit guter Fahrt dem [illegible] zuschwamm.

Carlsson war ein kleiner, vierschrötiger Vermländer mit blauen Augen und einer Nase, die so krumm wie ein [illegible] war. Lebhaft, munter und neugierig war er, vom Seewesen aber verstand er nicht das allermindeste. Man hatte ihn auch nur nach Hemsö kommen [illegible], die Feld- und Viehwirtschaft zu versehen, mit der sich, seit der alte Flod aus dem Leben geschieden war und die Witwe allein auf dem Hofe saß, niemand mehr befassen wollte.

Wenn nun aber Carlsson die Mädchen über das Anwesen und die Verhältnisse am Hofe ausholen wollte, erhielt er Erwiderungen, wie sie den verschlossenen Schärenleuten eigen sind.

„Ja, das weiß ich nicht! Ja, das kann ich wahrhaftig nicht sagen! Ja, darüber weiß ich nun einmal ganz und gar nichts!“ Daraus war nicht eben besonders klug zu werden.

Das Boot lenkte wieder in einen Sund, der in Lee lag, so daß sie das Segel einziehen und zu den Rudern greifen mußten. Und als sie [illegible] in einen zweiten gelangt, sahen sie aus einem zwischen Fichten und Erlen gelegenen Bauernhause ein Licht strahlen.

„Hier sind wir daheim,“ sagte Klara, als jetzt das Boot in eine schmale Wiek schoß.

Vom oberen Ende der Allee näherte sich eine Laterne und warf ihren Schein über den Kies. Die Laterne beleuchtete jedoch auch ein ältliches Frauenantlitz, das vom Winde [illegible] erschien, wie ein paar kleine, freundliche, infolge der [illegible] verschwommene Augen. Und vor der Frau lief der Hofhund, ein zottiger Köter, einher, der auf dem Lande so gut wie auf dem Wasser daheim war.

„Na, Kinder, seid ihr endlich da,“ begrüßte sie die Frau, „und habt ihr auch den Knecht mitgebracht?“

„Ja, da sind wir. Und hier, Mutter, ist auch Carlsson, wie Ihr seht,“ entgegnete Klara.

Die Frau wischte mit der rechten Hand über die Schürze und reichte sie dem Knechte her.

„Willkommen, Carlsson, und mög es ihm bei uns wohl ergehen.“ „Habt ihr, Kinder, den Kaffee und den Zucker nicht vergessen und sind die Segel wieder ordentlich im Schuppen? — Na! Nun, so kommt herauf, ihr werdet hungrig sein.“

Die kleine Gesellschaft ging die Anhöhe hinan. Carlsson schweigend, neugierig, voll Erwartung, wie sein Leben an dem neuen Platz sich wohl gestalten würde.

Ein helles Feuer brannte im Herd drinnen in der Stube, und über den weißen Ahorntisch war ein reines Tischtuch gebreitet. Auf demselben aber stand eine um die Mitte mit einem [illegible] verzierte Branntweinkaraffe. [illegible], Brot, Butter, Käse, ein Teller mit Butter, eine Zuckerdose und eine Kanne Sahne vervollständigten die Tafel, die Carlsson geradezu opulent erschien. Er hätte das Ding, worüber sich gewiß „keine [illegible] Seele“ [illegible], nicht genannt.

„Kommen er näher, Carlsson,“ lud ihn die Alte ein, und Carlsson, der ein Kind der Zeit war, ließ es sich auch nicht zweimal sagen. Er folgte im Gegenteil sofort der Aufforderung und setzte sich auf das Holzsofa, während die Mädchen [illegible] und derweilen [illegible] in die an der anderen Seite des Vorhauses gelegene Küche schauten.

Die Alte nahm den Kaffeekessel vom Feuer, füllte den Krug und ließ ihn, den Kessel, wieder an dem Herde hän-gend, nochmals aufwallen. Hierauf wiederholte sie ihre Aufforderung, diesmal mit der Bemerkung, Carlsson möchte sich an den Tisch setzen.

Der Knecht setzte sich, drehte die Mütze zwischen den Fingern und paßte auf die Windrichtung, um seine Segel danach zu stellen. Er hatte offenbar den Vorsatz, sich mit den Herrenleuten auf besten Fuß zu stellen, doch da er noch nicht wußte, ob die Frau zu jenen gehöre, die ein Wort mitzureden gestatten, wagte er es nicht, ohne vorhergehende genauere Orientierung sein Mundwerk laufen zu lassen.

„Aber ist das ein schöner Sekretär!“ hub er vorsichtig an, indem er an den Messingrosetten fingerte.

„Hm!“ sagte die Frau, „nur leider ist nicht viel darin.“

„O,“ beeilte sich Carlsson, den kleinen Finger in das Schlüsselloch der Klappe bohrend, eine Schmeichelei anzubringen, „darin ist sicher mehr als genug. Habe gar keinen Zweifel.“

„Früher ja, damals, nachdem wir ihn auf der Auktion erstanden, hatten wir wohl einen erklecklichen Schilling drin. Aber dann mußte mein armer Flod unter die Erde, Gustav hat einrücken müssen, und seither will es mit der Wirtschaft nimmermehr recht gehen. Dazu hatte sich Flod verlocken lassen, das neue Haus zu bauen, das ganz unnütz ist, und so kam eins nach dem andern. Aber nehme er Zucker, Carlsson, und trinke er eine Tasse Kaffee.“

„Soll denn ich den Anfang machen?“ deprezierte der Knecht.

„Ja, freilich, ist ja sonst noch niemand daheim,“ entgegnete die Frau. „Der Teufelsbursche, der Gustav, ist mit der Flinte auf der See draußen und nimmt mir noch obendrein den Norman mit, so daß nie etwas Ordentliches geschafft wird. Wenn sie nur hinter einem Vogel her sein können, lassen sie Vieh und Fischerei im Stich, und sieht er, das ist der Grund, weshalb ich ihn kommen ließ, damit er zum Rechten schaut. Und deshalb soll er sich so gewissermaßen für mehr halten und ein Auge auf die Burschen haben. Will er nicht einen Zwieback nehmen, Carlsson?“

„Ja, seht Mutter, wenn dem so ist, daß ich gewissermaßen für mehr gehalten sein und mein Wort bei den andern gelten soll, dann muß auch die Ordnung danach getroffen sein. Dann muß ich auch von vornherein einen Rückenhalt haben, denn ich kenne so die Burschen, wenn man sich einmal mit ihnen duzen und gemein machen muß,“ warf Carlsson resolut die Anker aus, nachdem er sich zurechtgefunden. „Was den Fischfang und die Geschäfte auf der See betrifft, da mische ich mich nicht hinein, denn das verstehe ich nicht, am Land aber weiß ich Bescheid und will's in die Hand nehmen.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Welt der Frau

Beilage der „Danziger Volksstimme“

Durch die Gleichberechtigung der Frau hat eine ganze Reihe Fragen für unsere Leserinnen eine erhöhte Bedeutung bekommen. Um nun die Gebiete der Betätigung der Frau im öffentlichen Leben, ihre rechtliche und soziale Stellung, wie auch ihr Wirken als Hausfrau und Erzieherin ausführlicher als bisher in unserer Zeitung behandeln zu können, haben wir uns entschlossen, eine wöchentlich erscheinende Sonderbeilage zur Erörterung dieser verschiedenen bedeutungsvollen Fragen herauszugeben. Dabei sollen auch die Gebiete der Hauswirtschaft und der Mode ihre Berücksichtigung finden. Wir werden von der nächsten Ausgabe ab auch ständig einige Modebilder, wie sie den Ansprüchen der schaffenden Frauen entsprechen, veröffentlichen. Wir würden auch die Mitarbeit unserer Leserinnen an dieser neugeschaffenen Beilage begrüßen und bitten sie, uns ihre Wünsche über den Ausbau dieses Teils wissen zu lassen, sowie auch zu den darin zur Debatte gestellten allgemeinen Fragen Stellung zu nehmen.

Die Frauenfrage der Gegenwart.

Die Frauen stehen vor den Aufgaben des Lebens mit ihren Sorgen und ihrer Not, fühlen die Verantwortung der Zeit mit aller Wucht auf ihren Schultern und sind sich doch nicht immer klar über den Zusammenhang der Dinge.

Wir Frauen sind Einzelglieder der Gesellschaft und des Staates gleich dem Mann. Wir haben die gleichen sozialen Interessen, man verlangt von beiden Teilen die Erfüllung bestimmter Aufgaben. Leidet die Gesamtheit eines Volkes große wirtschaftliche Not, so sind die besitzlosen Schichten der Bevölkerung besonders davon betroffen. Die Frau aber fühlt die Not des Tages deshalb noch viel empfindlicher, weil ihr Pflichtenkreis sich aus tausend Kleinigkeiten zusammensetzt und weil sie fast mit jeder einzigen Handlung für Menschen, die sie liebt, sorgen muß.

Noch immer wird bei der Erziehung von Knaben und Mädchen unbewußt zweierlei Maß angelegt. Wenn auch hierbei schon vieles besser geworden ist, tragen wir doch noch an der Vergangenheit. Wenn der Knabe tollt und spielt, wird das Mädchen häuslich beschäftigt. Hiermit ist nichts gegen den erzieherischen Wert der Arbeit gesagt, beide, Knaben und Mädchen, sollen der Mutter helfen, beide sollen Zeit zu fröhlichem Spiel haben.

Die Berufsausbildung wird für den Knaben möglich gemacht, wenn es irgend geht. Der Gedanke, daß das Mädchen womöglich nach dem 20. Jahre eine Ehe schließt, läßt die Kosten scheuen auch da, wo sie noch mit Mühe und Not aufgebracht werden müssen. Und doch ist so sehr notwendig, die Mädchen tüchtig für den Lebenskampf zu machen, gerade deshalb, weil sie bei dem allgemeinen Wettbewerb die schwächere Position haben. Wohl türmen sich hier Schwierigkeiten auf, über die in besonderen Artikeln gesprochen werden muß. Die Berufsausbildung und -tätigkeit schärft den Geist, gibt einen weiteren Blick für die Umwelt und macht die Frauen von heute dadurch auch befähigter für die Ehe, wenn diese eine wirkliche Lebenskameradschaft zweier Menschen sein soll.

Die berufstätige Frau empfindet die Ehe, wenn sie zugleich ihren Beruf aufgibt, zuerst oft genug als Einengung ihres bisherigen Lebens. Mit Recht. Wenn der Mann eine Ehe schließt, bleibt er in der Regel im Berufsleben, seine Verantwortung wird größer. In seiner Stellung als selbständiger Mensch, gewohnt, sich durch seine Arbeit zu erhalten, ändert sich nichts. Die Frau, die ihre Stellung aufgibt, um sie mit den Pflichten einer Nur-Hausfrau zu vertauschen, gibt damit ihre wirtschaftliche Selbständigkeit auf. Je nach ihrer eigenen Individualität, je nach der Einstellung des Mannes zur hauswirtschaftlichen Leistung der Frau, je nach den der Frau zur Verfügung stehenden Mitteln und der Art, wie sie ihr gegeben werden, wird ihr persönliches Selbständigkeitsgefühl sich entfalten können oder unterdrückt werden.

Das Problem „Hausfrau und weibliche Persönlichkeit“ ist in der Frauenbewegung und von den verschiedensten Seiten durchgesprochen worden. Die Wertung der unbezahlten Hausfrauenarbeit, die Möglichkeiten der Vereinfachung des Einzelhaushalts von der primitiven Wohnung der Mietskaserne bis zum Einküchenhaus wurden eifrig erörtert. Wenn diese Fragen jetzt durch den Krieg und andere Lebensnot zurückgedrängt wurden, so sind sie deshalb nicht bedeutungslos geworden. Eins aber muß den Hausfrauen stark ins Bewußtsein dringen: Ihre Arbeit ist nicht wertlos. Sie erhalten dadurch die durch menschliche Arbeitskraft geschaffenen Werte. Die Frauen stehen mit ihrer Hausfrauentätigkeit mitten im Kreislauf des volkswirtschaftlichen Lebens. Wohlstand und Notstand eines Volkes haben ihre Rückwirkung im Einzelhaushalt, das letztere erfahren wir seit Jahren besonders schmerzlich. Jede einzelne Frau, die Haushalt und Familie betreut, führt einen aufreibenden Kampf gegen die Not, von der die Gesamtheit heimgesucht wird. Wenn die Verarmung, Krankheit und Sterben nicht noch größer sind, wie es schon der Fall ist, ist das zweifellos auf die Tüchtigkeit, Umsicht und Sparsamkeit der Hausfrau zurückzuführen.

Wir sollen aber mehr sein. Nicht nur die guten Hausfrauen, die kein anderes Ziel kennen, als Einkaufen, Kochen, Waschen, Putzen, für das leibliche Wohl unserer Familie zu sorgen. Die Ehe soll Lebensfreundschaft sein in guten und bösen Tagen, soll geistige Kameradschaft sein. Die neue Zeit mit ihren Stürmen zwingt Männer und Frauen zur Anteilnahme. Da gibt es kein Beiseitestehen mehr. Treten wir nicht selbst heraus aus unserem begrenzten Pflichtenkreis, so tritt das, was man Politik, Oeffentlichkeit oder soziales Leben nennt, an uns heran. Kriegsgefahr und Reparationen, Steuern, Kohlennot, Lebensmittelverteuerung, Wohnungselend zeigen uns ihr grausiges Gesicht. Und wenn es manche von uns selbst nicht mit ganzer Härte trifft, dürfen wir blind sein und gefühllos gegen fremde Not, die morgen die eigene sein kann?

Wir Frauen stehen, nicht nur wenn wir unverheiratet sind, als Arbeiterin im Getriebe des volkswirtschaftlichen Lebens, in der Fabrik, im Laden und Bureau, als Post- und Eisenbahnbeamtin. Oft sind wir Hausfrauen und Mutter daneben. Die wirtschaftliche Selbständigkeit erkaufen wir mit Schwierigkeiten, die sich aus der dreifachen Last ergeben. Haben wir ein Recht auf Arbeit? Einmal scheint es so dann auch wieder nicht. Jede Krise auf dem Arbeitsmarkt, jede Umwälzung im Beamtenkörper des Staates (wie wir es jetzt erleben) äußert sich für die Frauen besonders empfindlich, zwingt eine große Anzahl von Frauen zur Umstellung ihres Lebens.

Groß ist die Not der jungen Mädchen, die in solchen Zeiten arbeitslos werden, ganz besonders, wenn zu Hause Armut, Not, und Elend sind, oder wenn sie ganz allein stehen. So manche wird heute für immer aus der Bahn gerissen oder erleidet Wunden, die nie wieder heilen.

Demokratie und Parlamentarismus haben das Frauenrecht in der Ehe noch nicht umgestalten können, zu sehr drängten die politischen Bedürfnisse des Tages, zu stark war der Widerstand der Mehrzahl der bürgerlichen Vertreter gegen diese Aenderung des öffentlichen Rechts.

Durch ihre Mitarbeit sollen die Frauen dazu beitragen daß die Entwicklung des öffentlichen Lebens in einer Weise gefördert wird, wie sie es für sich, ihre Kinder und für die menschliche Gesellschaft wünschen.

Erziehen, nicht dressieren.

Ein Teil der Kraft, die die Welt durchflutet, wirkt auch in uns, in unserm Kinde. Es ist mit dem ersten Tage seines Lebens eingegliedert in die große Kette alles Lebenden, in die Welt. Aber die Kraft wirkt in ihm in eigentümlicher Weise. Ich vermag nicht, ihm meine Kraft zu geben. Eine Kraft kann wohl die andre beherrschen, aber sie kann keine Kraft hervorrufen, die anders geartet ist als die Anlagen es zulassen. Es ist also falsch, wenn der Lehrer, der Vater, die Mutter verlangt, das Kind solle so werden, wie er oder sie ist. Man muß sich bemühen, die Eigenart der Kraft kennen zu lernen, sich bemühen, diese Kraft auszubilden, die Begabung zu zu führen, daß dadurch auch das Interesse für Dinge wachgerufen wird.

Harmonische Menschen sind erstrebenswert, tüchtige Menschen notwendig. Vor allem kommt es darauf an, die Sinne des Kindes zu bilden. Dazu genügt die einfache Art, es alles beobachten zu lassen, was für es begreiflich erscheint, Form und Farbe, Nutzen und Schaden, Stoff und Zahl, dazu genügt es, auf ganz einfache Weise mit ihm zu sprechen. Rede also auf deinen Spaziergängen von Blumen und Bäumen, von Eis und Schnee, von Wind und Wetter, von der Säge und dem Hammer. Zeige ihm alles so, daß es selbst suchen und finden, damit auch es darüber sprechen lernt. Laß es Steine und Schneckenhäuser sammeln. Blumensträuße pflücken, auf den Gesang der Vögel hören. Spiele mit ihm auf sonniger Waldwiese und singe die alten Volkslieder, erwecke die alten Volksrätsel und Kinderreime, steige auf die heimatlichen Berge und tummele dich mit ihm im Fluß. Hast du ein Stück Land, dann lasse es mitarbeiten; überall, wo seine kleine Kraft ausreicht, spanne sie an. Früher sah das Kind in der Werkstatt des Vaters, wie ein Werk entsteht, heute muß es fast ganz außerhalb der Arbeitsstätten bleiben. Es lernt daher schwer die Mühen der Kulturarbeit verstehen. Dafür schaffe Ersatz, indem du es malen, in Ton formen, aus Papier schneiden läßt, baue mit ihm Wasser- und Windmühlen, Wagen und Häuser. Machst du die Kräfte des Kindes frei, dann erhebst du seinen Willen, dann machst du es auch geistig frei. Alles aber sei der Begabung des Kindes angemessen.

Das ist der größte Fluch, daß wir das Kind so früh wie möglich zum Verdienen abrichten wollen, daß wir es aus seiner Kindlichkeit herausreißen und auf das Feld der Nutzarbeit verbannen. Ehe es ein rechter Mensch geworden ist, muß es schon Tagelöhner des Alltags werden. Lernen, lernen soll das Kind, lernen, was wir wollen: an seine Eigenkraft denken wir nicht. Weil Nachbars Fritz das große Einmaleins kann, soll es unser Karl auch können. Aber wir brauchen in erster Linie Menschen. Der Kapitalist will freilich nur Arbeiter. Frei können wir unsere Kinder nur machen, wenn wir die ihnen eigentümlichen Kräfte bilden, befreien und auf Wege führen, die ihr Fühlen und Wollen, ihr eigentümliches Erkennen nicht verkümmern lassen. Wer jedoch dem Kinde nachgehen will, der muß die große Liebe haben. Aus Liebe etwas versäumen, ist nicht so gefährlich, als wie aus Strenge etwas Verkehrtes fordern. Und verkehrt ist alles, was gegen oder über die Kraft des Kindes geht. Wer verlangt Birnen von einem Heidelbeerstrauch? Kulturarbeit ist schließlich nicht Schablonenarbeit, nicht Arbeit ein und derselben Art; Kulturarbeit ist stets neues Werden im Menschen, Hervorbringen neuer Formen, Entdecken neuer Möglichkeiten.

Jeder Mensch ist an seinem Platze lebensnotwendig. Ein solches Leben will von sich aus nicht, was nicht nach dem Nebenmenschen zukommt, was nicht dem Ganzen zum Heil gedeiht. Familie, Gemeinde, Staat sollen schöpferische Gemeinschaften sein. Sie werden es nur dann, wenn du die schöpferischen Kräfte deines Kindes anbaust. Tust du das nicht, dann erziehst du einen Sklaven, zunächst einen Sklaven für dich, des weiteren einen Sklaven für die großen kapitalistischen Sklavenhalter.

Die Frauen in der Gesellschaft.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung bildet sich nicht, um proletarisch zu leben, sondern um die proletarische Lebensweise der großen Mehrzahl der Menschen abzuschaffen.

*

Es handelt sich darum, die sozialen Zustände in der Weise zu gestalten, daß jeder Mensch die Möglichkeit zur vollen, ungehinderten Entwicklung seines Wesens erhält.

Bebel, „Die Frau und der Sozialismus“.

*

Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.

Bebel.

*

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne versagen?

Bebel.

*

Selbst in den höchsten Ständen genießt die Frau nur eine geheuchelte Achtung, zum Schein gehätschelt, in Wahrheit geknechtet als unmündig in ihrem Vermögen angesehen, als volljährig nur in der Verantwortung für ihre Fehler.

Beaumarchais.

Die Mode und ihre Kleinigkeiten.

Frauen, die über zu viel Zeit und Geld verfügen, und Frauen, die durch irgendeine extravagante Umwandung ihres Körpers ihre Persönlichkeit in das richtige Licht setzen wollen, sind meistens die Schöpfer der Mode. Ihre Ideen werden in den vornehmen Ateliers in Stoff und Seide verarbeitet, ihr Geschmack veranlaßt Künstler, sich in Farbensinfonien oder Disharmonien auszuleben. Was die ganz Großen im Reiche der Mode heute tragen, trägt morgen eine kleine Oberschicht und übermorgen tragen es alle. Ja, die Frauen, die fertige Konfektion kaufen, müssen sehr oft diese oder jene Sache nehmen, da die Geschäfte doch nur „moderne Kleider“ führen. Darum kann auch die Frau aus dem Volke an den Launen der Mode nicht achtlos vorübergehen.

*

Das Streifenmuster, schon seit langem bekannt, verschwindet auch jetzt nicht von der Bildfläche. Mit Geschmack zur Anwendung gebracht, verleiht es der Trägerin, nur durch sich selbst, die gewünschte Linie, ohne daß es einen Ausputz verlangt. Da hat man in großen Streifen vielleicht schwarz mit braun, schwarz mit lila oder schwarz mit grau, Muster, die sogar ältere Frauen kleiden, oder man bevorzugt, womöglich auf dunkelblauem Grunde, den kleinen roten Streifen, falls man es nicht vorzieht, mehrere verschiedenfarbige Streifen zusammenzusetzen. Dabei kann sowohl der Grund hell sein und durch dunkle Streifen abgedämpft werden, ebenso wie ein dunkler Grund durch helle Streifen farbig gehoben werden kann.

Da zum Frühling ein starkes Hinneigen zur Schwarz-weiß-Mode zu verspüren ist, werden wir aller Voraussicht nach mit einer Verpflanzung der Zebras unter den nördlichen Himmelsstrich zu rechnen haben. Während man das Streifenmuster ganz auf die Stoffwirkung einstellt, wird das einfarbige Kleid zuweilen reich ausgeputzt. Hauptsächlich benutzt man die Stickerei, und zwar so ausgiebig, daß manche Kleider mit gestickten Garnituren über und über besät sind und tatsächlich zu einem eingehenden Studium auffordern. Man gewahrt in Platt- oder Stilstich gestickte Bambushütten, eigenartige Boote oder absonderliche Schriftzeichen, alles Dinge, die Völkern nichteuropäischer Kultur entlehnt sind.

Da das Exotische offenbar Trumpf ist, nennt man das tiefgegürtete Kleid mit bunter Taille und einfarbigen Rot das Tut-anch-Amon-Modell. Es hat mit dem toten ägyptischen König ganz bestimmt nicht das geringste zu tun, aber auf die eine oder die andere Modeschön, wird der Name allein schon den nötigen Eindruck machen. Wollstickerei sieht man verschiedentlich als ziemlich breites Gurtband oder Halsausschnittgarnitur an einfachen Kleidern. Ebenso werden Mantelmanschetten und Mantelkragen bestickt, während etliche Tuchmäntel sogar ein regelrechtes gesticktes Stilleben sind. So erblickt man große Blumen, die Blätter zweifarbig schattiert, mit ausgestickten Kelch und feinen Staubgefäßen. Nebst den Tuchmänteln sieht man Donegal, Covercoat, Rips und Lederol, einer Art Lederersatz. Unter den Mantelgarnituren gibt es außer der Stickerei Volants und Plissees. Zu erwähnen ist der seitlich angebrachte Schluß, der aus einer fesch gebundenen Schleife besteht. Aeltere Frauen bevorzugen jedoch den soliden Gürtel. Das Jakett ist gänzlich verschwunden. Heutzutage kennt man nur die Strickjacke und das Jakett als solches, vollkommen gleich ob Tailormade, ob kurze oder lange Form, hat einzig und allein als Kostümjacke Geltung.

Leuten, denen es sehr wohl ergeht, haben oft ein merkwürdiges Interesse für wirtschaftlich versunkene Schichten. So trägt man, das ist in diesem Falle die Dame von Welt, heute das Apachentuch. Es wird einfach um den Hals geknotet und hängt keß, so sagt der Berliner, in zwei gleichen Enden herab. Selbst an Kleidern findet es wiederholt als oft sehr kleidsam, im Farbenton abstechende Halsgarnitur Verwendung und an den billigen Blusen wird es bescheidener Weise durch einen bunten Lappen ersetzt oder angedeutet, wie man's nennen will.

Die Frau, „die etwas auf sich hält“, trägt zum Apachentuch auch die Apachenfrisur. Und dieser Bubenkopf, bis vor kurzem hieß er Bolschewistenfrisur, macht einen sehr natürlichen Eindruck, wenn der Friseur ihn täglich zweimal behandelt. In Paris trägt jede Dame die gleiche Frisur, in Berlin scheint's auch auchgerade Mode zu werden. Wohin man blickt: die Seitenlocken. Sie sind meistens Ersatz und werden an einem sichtbar getragenen Reifen, dem sogenannten Bubireifen, befestigt. Ferner kommt der Bandputz in Aufnahme und hin und wieder verdeckt ein breites Band die Stirn vollständig.

Farbenfroh sind auch die Schirme. Die Bezüge präsentieren sich in allen möglichen licht emnd grellen Tönen bei deutlicher Ablehnung der schwarzen Farbe. Oft ist die Kante des Bezuges so gewebt, daß sie stark hervortritt. Der Auslauf der Stangen wird farbig gestaltet, vornehmlich in Korallen- oder Elfenbeinersatz. Der Schirmgriff hat entweder dieselbe Farbe bei gleichem Material oder er steht zu ihm in einem nahezu derben Kontrast.

Weil alles nach einem farbigen Einschlag strebt, wollen die Schuhe auch nicht leer ausgehen. Darum weisen sie teilweise die lustigsten Farben auf. Sei es lila, knallroter und grasgrüner Stoff mit Lack oder handele es sich um schwarze Schuhe mit goldenen Bemalungen. Alles Kostbarkeiten, die nur für einen kleinen Kreis bestimmt sind. Ob der teuere Schuh nun gerade bequem ist, das steht auf einem anderen Blatt. Im Schaufensterglanz macht er sich ganz nett, aber im nüchternen Alltagslicht sieht er aus, als sei er über und über mit Flecken bedeckt.

Die buntesten Wiesen- und Zierblumen wachsen aber nicht nur auf Schuhen, sondern auch auf Schürzen. Dabei sei sogleich verraten, daß die Jumperschürzen jetzt das modernste sind; sie machen den Dirndlschürzen erfolgreiche Konkurrenz.

*

Die Geschäftsleute tun alles, um durch prächtige Schaufensterauslagen die Kauflustigen zu reizen. Die Frau des Volkes wird sich aber weder durch die Extravaganzen reizen lassen noch wird es ihr praktischer Sinn zulassen, sich willenlos den Torheiten der Mode zu unterwerfen. Mit nüchternem Sinn wird sie eine einfache geschmackvolle Kleidung wählen, um so mehr ihr Geldbeutel schon die nötigen Grenzen zieht. Aufgabe dieser Plauderei soll nur sein, eine Uebersicht über die Entwickelung der Mode zu vermitteln, so daß auch die Frauen der schaffenden Stände sich ein Bild darüber machen können, inwieweit es angebracht ist, den neuen Ideen zu folgen.

Feyman's Reklame Woche

Vom 5.–10. M
einschließlic

Kein Verkauf an Wiederverkäufer!

bietet in allen Abteilungen

hervorragende Einkaufs-Vorteile

Wer sie nicht nützt, schädigt sich!

Schürzen

Ein Posten
Wiener Schürzen 3.85
aus prima Water
und anderen guten Schürzenstoffen
Reklamepreis

Ein Posten
Satinschürzen 4.65
in hübschen Mustern
Wiener Form, in reizender Verarbeitung
Reklamepreis

Ein Posten
Kleiderschürzen 14.50
völlig kleiderartig, aus feinem
gemusterten Satin, in mehreren Fassons
Reklamepreis

Wir haben uns entschlossen, **während der drei letzten Tage,** am **Donnerstag / Freitag / Sonnabend**

eine Anzahl **MODELLE** und **Modell-Konfektion**

Kostüme — Kleider — Mäntel zu ermäßigten Preisen zum Verkauf zu bringen

---

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Malerarbeiten werden sauber ausgeführt. Offert. unt. Nr 1245 an d. Exped. d. Volksstimme. (†

Plätterin († sucht Arbeit außer dem Hause. **Pilkiewicz,** Tobiasgasse 13, Hof 1 Tr.

Neu! **Neu!**

Das **Spezialgeschäft** für

Damen- u. Backfisch-Konfektion

Mäntel
Kleider
Kostüme
Röcke
Blusen
Jumper usw.

in reichhaltiger Auswahl
zu niedrigsten Preisen

Elisabeth

Wontorra

Langer Markt 2, I. Etage
gegenüber dem Artushof

Konsum- und Spargenossenschaft für Danzig u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Was will die Genossenschaft?

Sie erstrebt die **Demokratisierung** und bekämpft den Absolutismus in der Wirtschaft. Jedes Mitglied hat eine Stimme

Sie betreibt freiwillige **Sozialisierung,** indem sie die Warenherstellung und -Verteilung unter die Kontrolle der Konsumenten stellt

Sie erstrebt die **Bedarfswirtschaft** und bekämpft die kapitalistische Profitwirtschaft

Sie erstrebt die Ausschaltung des überflüssigen **Zwischenhandels** und die Verbilligung der Ware durch Abkürzung des Weges von der Produktionsstätte zum Konsumenten

Sie schließt die **Bereicherung des einzelnen** aus und verteilt den Reingewinn nach Maßgabe der Beteiligung am Umsatz an die Konsumenten

Zur Erreichung dieses Zieles sammelt sie, neben dem Geschäftsanteil von 40 Gulden, die Spargroschen der Arbeiter, schreibt sie in Dollar gut und verzinst sie mit denselben Sätzen wie die Sparkassen

Mitglied kann jeder werden, ganz gleich welchen Standes, welcher Parteizugehörigkeit und welcher Religion, sofern er bereit ist, an der Erreichung obigen Zieles mitzuarbeiten

12613

Neuerscheinung

Macdonald

Die auswärtige Politik der englischen Arbeiter-Partei.

Preis 50 Pfennige.

Buchhandlung Volkswacht
Am Spendhaus 6 — Paradiesgasse 32

Unter Preis!

Herren-Anzüge
beste Verarbeitg. 75, 60, 54, 45, 38, **26** u. a.

12913 **Hosen**
elegant gestreift 12.50, 9.50, 7.50, **5.50**

Burschen-Anzüge, Herren-Mäntel,
besonders billig!

Gewähre außerdem **10% Rabatt**

Berliner Konfektions-Vertrieb
Jopengasse 27
Bessere Herrenbekleidg.

Gut erhaltener
Sportliegewagen
mit Verdeck, 2-Sitzer, zu verkaufen. (†
Schatkowski,
Vorst. Grab. 26 Vorderh.

Schwarzseid. Kleid, rotseid. Bluse, schw. Wollkl., weiß. Hut, 1 Schlafbank u. and. Sachen sehr billig zu verkaufen. (†
Kl. Hosenmachergasse 1.

Fahrräder und Nähmaschinen
gut und billig (†
Pfaffengasse 8.

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spendhaus 6. Telephon 3290

Gut erhaltener schwarzer
Einsegnungsanzug
zu verkaufen. (†
Radischewski,
Krähenberg 12, 2 Tr. links.

Kleider, Blusen u. Röcke
werden sauber zu Tagespreisen angefertigt. (†
Jenny Sakolowski,
Spendhausneug. 5, 2 Tr.

Zu verkaufen:
Ein neuer kompl. Tisch-Kochofen, der überzähl. **J. Hessling, Senftenberg,** Am Eulenbruch 6. (†

Eisenbahnbeamter!
Diensteinnehmer sucht vom 1. Juni oder 15. Juli
möbliertes Zimmer.
Angebote mit Preisangabe unter 1247 an die Exped. der Volksstimme. (†

Möbliertes Zimmer
zu vermieten. Matrowski, Nonnenhof 12, Tür 2. (†

Billig zu verkaufen:
1 P. hohe u. 1 P. Halbschuhe (Gr. 39), 1 gr. Anzug u. versch. alte Bilder. **Altst. Graben 19/20,** 2 L.

Nähmaschinen
repariert billigst 12552
Knabe, Hausthor 3.

Wäsche
wird sauber gewaschen, geplättet und im Freien getrocknet. (†
Neubauer, Schellmühl,
Grünes Dreieck 28.

Danziger Nachrichten

Streik in der Draht- und Nagelfabrik.

Wie der Deutsche Metallarbeiterverband berichtet, ist die Belegschaft der Danziger Draht- und Nagelfabrik gestern, Mittwoch, in den Streik getreten. In Frage kommen 184 Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis dahin bei dieser Firma beschäftigt waren. Die Ursache dieses Streiks liegt in Lohnstreitigkeiten. Die Löhne bei der Firma waren seit dem 11. Dezember 1923 durch Schiedsspruch festgesetzt und betrugen für gelernte Arbeiter 65 bis 72, für angelernte Arbeiter 58 bis 64, für ungelernte Arbeiter 24 bis 60 Pfg. pro Stunde. Arbeiterinnen erhielten 70 Prozent des Lohnes der angelernten männlichen Arbeiter. Diese Lohnsätze wurden durch Schiedsspruch am 26. Januar für die gelernten verheirateten Arbeiter um 3 Pfg., also auf 75 Pfg., erhöht. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt, und es blieb bei den Löhnen von 72 Pfg. in der Spitze bis 14. März, an welchem Tage der Schlichtungsausschuß auf erneute Forderungen der Arbeiter erklärte, daß sein Schiedsspruch vom 26. Januar bis 31. März zu Recht bestehe, d. h. 75 Pfg. in der Spitze. Jetzt nahm die Arbeiterschaft den Spruch an, die Firma lehnte ihn ab, bewilligte aber die 75 Pfg. von einem späteren Zeitpunkt ab. Der Demobilmachungskommissar soll den Schiedsspruch vom 26. 1. erst noch für verbindlich erklären.

Die Arbeiterschaft, des langen Wartens müde, stellte am 4. April neue Forderunen mit 1,15 Gulden in der Spitze. Der Schlichtungsausschuß bewilligte 90 Pfg. in der Spitze, d. h. eine Erhöhung von 20 Prozent seit Dezember 1923. Die Belegschaft hat auch diesen Spruch angenommen, die Direktion der Firma lehnte ihn jedoch ab. Sie bot nur den gelernten verheirateten Arbeitern 4 Prozent Erhöhung. Das wurde von der Arbeiterschaft als eine Verhöhnung ihrer Notlage aufgefaßt und mit sofortiger Arbeitsniederlegung beantwortet. Bedenkt man, daß seit Dezember eine Verteuerung von rund 35 Prozent zu verzeichnen ist, so kann diesem Kampf die Berechtigung nicht versagt werden. Die Direktion glaubte, noch kurz vor der Entscheidung 39 Mann entlassen zu müssen. Eine Handlung, die ohne jeden Einfluß auf die Arbeiterschaft blieb. Der Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt. Kein Arbeiter, der Solidarität kennt, darf während des Streiks dort anfangen.

Auf Dummenfang!

Bürgerliche Manöver zur Zoppoter Stadtverordnetenwahl.

Gelegentlich der Gemeindewahl versuchen die Bürgerlichen durch alle möglichen Tricks die Arbeiterschaft auf ihre Leimruten zu locken. So haben unter anderm die Zoppoter Gastwirte es verstanden unter Vorschiebung des üblichen Trugbildes der Gewerbesolidarität freiorganisierte Gastwirtsangestellte für einen bürgerlichen Wahlaufruf zu gewinnen. Um nun sämtliche freigewerkschaftliche Arbeitnehmer für diese Liste zu gewinnen, hat man den Namen des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten unter diesen Wahlaufruf gesetzt. Die Organisationsleitung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten erklärt, daß sie dieses Verhalten einzelner Zoppoter Mitglieder auf das schärfste mißbilligt und es auch auf das entschiedenste ablehnt, diesen bürgerlichen Wahlrummel mitzumachen. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten erblickt nach wie vor seine politische Interessenvertretung in den Parlamenten bei den reinen Arbeiterparteien. Es darf angenommen werden, daß sich die Gastwirtsangestellten, die sich von den Arbeitgebern aus kurzsichtigen Gründen haben einfangen lassen, noch rechtzeitig von diesen Einflüssen freimachen. Im Stadtparlament geht es doch nur in einem äußerst bescheidenen Maße um die Fragen eines Berufs rein Gewerbes. Die Allgemeinheit und besonders auch die schaffende Bevölkerung würden auf das ärgste geschädigt werden, wenn die kommunalpolitischen Angelegenheiten nur vom Standpunkt einer bestimmten Unternehmergruppe behandelt würden. Darum Hände weg von diesen bürgerlichen Interessentenlisten!

Die Notlage der deutsch-preußischen Pensionäre. Die deutschen Reichs- und preußischen Staatspensionäre fordern infolge ihrer Notlage eine Erhöhung ihrer Bezüge gemäß der in Danzig bestehenden Teuerung. Die deutsch-preußischen Pensionäre wollen sich an den Danziger Senat wenden, der auf die deutsche Reichsregierung zwecks Gewährung von Teuerungszulagen für die in Danzig befindlichen Pensionäre einwirken soll. Eventuell will man eine Wirtschaftsbeihilfe vom Senat gemäß der den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gewährten Wirtschaftsbeihilfe zu erlangen versuchen. Von einer Wirtschaftsbeihilfe dürften die deutsch-preußischen Pensionäre allerdings wenig sehen, da der Standpunkt der Bedürftigkeit Platz greift und diese bei Vorhandensein geringfügiger Nebeneinnahmen verneint wird.

Kleinbahn-Extrazüge zur Landwirtschaftlichen Ausstellung. Um der Landbevölkerung Gelegenheit zum Besuch der Landwirtschaftlichen Ausstellung Danzig-Langfuhr zu geben, werden am 17. und 18. Mai die Rückfahrzeiten der Kleinbahnzüge auf den Strecken nach Gr.-Zünder und nach Gemlitz später gelegt. Die Abfahrt der Züge erfolgt ab Kleinbahnhof Danzig nach Gr.-Zünder statt 1.30 Uhr mittags um 7.00 Uhr abends; nach Gemlitz statt 3.50 Uhr nachmittags um 6.40 Uhr abends. Der Zug Stutthof—Danzig fährt am Sonntag, den 18., wie Werktags: Ab Stutthof 5.30 Uhr morgens, an Danzig Kleinbahnhof 9.06 Uhr vormittags. Die Rückfahrt erfolgt ab Danzig statt 5.20 Uhr nachm. um 7.20 Uhr abends. Dagegen fallen am 18. Mai die Sonntagszüge, ab Danzig 8.00 Uhr vormittags, an Stutthof 10.56 Uhr vormittags, ab Stutthof 6.00 Uhr nachm., an Danzig 9.20 Uhr abends, aus.

Der Verein der wohnungsuchenden Staatsbürger hält am Freitag, den 9. Mai, eine Versammlung gegen die Ausbeutung der Untermieter ab.

Ein geheimnisvoller Brand. In der Aluminiumfabrik war vor einiger Zeit ein Brand entstanden und zwar brannte die Decke, die unten mit Brettern abgeschlagen war. Der Brand wurde in der Nacht entdeckt. Am Tage vorher hatte ein Heizer ein eingefrorenes Wasserleitungsrohr aufgetaut. Dabei ließ er Holzwolle brennen, so daß die Flamme am Rohr hochloderte. Das Schöffengericht nahm an, daß hierbei ein Funke in den Torfmull, der zur Ausfüllung der Decke benutzt war, geflogen sein müsse, wodurch schließlich das Feuer entstanden ist. Der Heizer wurde wegen fahrlässiger Brandstiftung verurteilt. Er legte Berufung ein und die Berufungsstrafkammer gewann aus den Zeugenvernehmungen die Ueberzeugung, daß die Annahme des Schöffengerichts nicht erwiesen sei. Niemand hat vorher einen Brandgeruch bemerkt. Die Entstehung des Feuers bleibt ungeklärt. Der Heizer wurde freigesprochen.

Ohra. Gemeindevertretersitzung. Nachträglich ist die Tagesordnung der am heutigen Tage tagende Gemeindevertretersitzung noch durch 1. Bereitstellung der anteiligen Kosten des Umbaues der Rektorwohnung bei der evangelischen Schule in Ohra und des Umbaues einer Rektorwohnung, 2. Gesuch des Gastwirts Franz Mathesius um Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer ergänzt worden.

Wasserstandsnachrichten am 8. Mai 1924

	6. 5.	7. 5	Kurzebrack	+ 3,68	+ 3,68
Zawichost	+1,87	+ .	Montauerspitze	+ 3,49	+ 3,38
	6. 5.	7. 5.	Piekel	+ 3,61	+ 2,49
Warschau	+2,34	+ 2,40	Dirschau	+ 3,70	+ 3,58
	6. 5	7. 5.	Einlage	+ 2,26	+ 2,30
Plock	+2,29	+ 2,15	Schiewenhorst	+ 2,32	+ 2,42
	7. 5.	8. 5.	Nogat:		
Thorn	+3,08	+ 2,88	Schönau O. P.	+ 6,70	+ 6,70
Fordon	+3,09	+ 2,96	Galgenberg O. P.	+ 4,74	+ 4,72
Culm	+3,08	+ 2,86	Neuhorsterbusch	+ 2,12	+ 2,10
Graudenz	+3,20	+ 3,10	Anwachs	+ .	+

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 7. 5. 24

1 Dollar: 5,70 Danziger Gulden.
1 Zloty 1,10 Danziger Gulden.

Berlin, 7. 5. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,5 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 7. Mai (Amtlich.) In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 11,90—11,95, Roggen 8,25, Gerste 8,50, Hafer 8,25—8,40.

Wirtschaft, Handel, Schiffahrt

Die Unterbrechung des deutsch-russischen Handelsverkehrs. Im Zusammenhang mit der Schließung der Sowjethandelsvertretung in Berlin sind von russischer Seite folgende Maßnahmen getroffen worden: 1. Die Teilnahme an der Kölner Messe findet nicht statt; 2. die Rauchwarenauktion in Leipzig findet nicht statt; 3. die Filialen der Handelsvertretung in Hamburg und Leipzig werden geschlossen; 4. die für Königsberg geplante Filiale wird nicht eröffnet; 5. seit Montag ist der Verkauf von russischem Getreide in Deutschland eingestellt; 6. Getreidetransporte in deutsche Häfen finden nicht mehr statt; 7. die für Deutschland bestimmten Eiersendungen aus der Ukraine sind über Danzig nach England geleitet worden, das gleiche wird mit zwei anderen Sendungen geschehen. Der Ausgang des Schwabenstreiches der württembergischen Hermandad ist in Hinsicht auf die Handelsbeziehungen der beiden Wirtschaften nur zu bedauern. Da diese im Interesse beider Länder liegen, ist eine Beilegung dieser Politikentgeschichte nur zu wünschen.

Die Aussichten des deutschen Maschinenbaues. Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten veröffentlicht einen Bericht über den deutschen Maschinenbau im letzten Jahre. Nach einem Bericht über den Ausfuhrrückgang bei Beginn dieses Jahres geht er auf die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung und der Kalkulation der Inflationszeit ein. Ueber die Zukunftsaussichten sagt der Bericht: Gegenüber der Lage des Jahres 1923, in dem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Zeit nach dem Kriege unter dem Einfluß der Ruhrbesetzung ihren Höhepunkt erreichten, bietet das neue Geschäftsjahr einigermaßen günstigere Aussichten, die vor allem in der Festigung der deutschen Währung begründet sind. Stabile Verhältnisse seien besonders für den Maschinenbau wegen der Langfristigkeit seiner Aufträge und der Hochwertigkeit seiner Arbeitnehmerschaft die wichtigsten Voraussetzungen für den Anfang eines Wiederaufstieges.

Privatwirtschaftliche Methoden in der polnischen Eisenbahn? Die im allgemeinen sehr gut unterrichtete „Gazeta Warszawska" will wissen, daß in der Verwaltung der polnischen Eisenbahnen in Kürze eine einschneidende Aenderung eintreten soll. Das Eisenbahnministerium soll losgelöst werden und die Eisenbahnen sollen aufhören, ein Teil des staatlichen Beamtenapparats zu sein. Statt dessen soll ein wirtschaftliches Unternehmen unter dem Titel „Polnische Staatseisenbahn" gegründet werden, das zwar weiter im Besitze des Staates bleibt, aber nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen verwaltet wird. Dieses Unternehmen soll eine juristische Person leiten, der das ganze Eisenbahnvermögen übergeben wird. Doch soll das Eisenbahnvermögen sowie alle Neubauten, die das Unternehmen ausführen läßt, weiterhin Staatseigentum bleiben, während das Barvermögen Eigentums des Unternehmens ist. Doch kann diese privatwirtschaftliche Eisenbahnverwaltung mit Genehmigung des Finanzministeriums überflüssiges Material, wie z. B. Werkstätten, verkaufen, doch nur bis zu einem Betrage von 5 Millionen Zloty. An der Spitze des Unternehmens steht ein Generaldirektor, der monatlich dem Finanzministerium Rechnung ablegt und jährlich die Bilanz aufstellt. Der Eisenbahnminister hat nur noch die Rolle des Aufsichtsführenden über die Verkehrssicherheit.

Der Ausbau des Petersburger Hafens. Die Petersburger Hafenverwaltung ist augenblicklich mit den Vorarbeiten zur Eröffnung der Schiffahrt beschäftigt. Die Hafenkais sollen so ausgebaut werden, daß 117 Schiffe zugleich gelöscht und beladen werden können. Für den Hafenausbau sollen in den nächsten fünf Jahren 10 Millionen Goldrubel zur Verfügung gestellt werden. Auch die Vertiefung und Verbreiterung des Fahrwassers soll in der nächsten Zeit vorgenommen werden, damit der Hafen auch Ozeandampfer aufnehmen kann und die vermittelnde Tätigkeit anderer Häfen, wie z. B. in Hamburg, sonders bei Kolonialwaren, in Fortfall kommen kann.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken sämtlich in Danzig.
Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Danziger Zündwaren-Fabrik
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Danzig, Schellmühl
Hansa-Sicherheits-Zündhölzer ∴ Flaggen-Hölzer

Bank der Holzindustrie des Ostens A.-G.
Danzig, Langer Markt 15 :: Fernspr 6043, 6804, 6805
Akkreditive : Devisen : Effekten : Währungskredite

Danziger Essigsprit- und Mostrich-Fabrik
R. HAFFKE & CO.
Telephon 783 :-: Kontor und Fabrik: Gr. Schwalbengasse 34
Nur garantiert reine Produkte in prima Qualität

Walter Cohn
Danzig, Jopengasse 24
Fernsprecher Nr. 3430
Textilwaren - Großhandlung

F. Lüdecke A.-G. Danzig
Telephon 7981 · Papiergroßhandlung · Schichaugasse 6

Amerikanisches **Schmalz** in Kisten zu den billigsten Tagespreisen.

Heinrich Blau
Tel. 1833 DANZIG Tel. 7253
Schüsseldamm 15 :: III. Damm 11

M. Jacobsohn Nachf.
Breitgasse 9 :: Telephon 1751
Uhren, Gold- u. Silberwaren · Spezialität: Fugenlose Trauringe

Max Weichmann
Gegr. 1876 Spedition – Holzspedition Gegr. 1876
Niederlassungen: Myslowitz, Kattowitz, Chorzow, Hindenburg, Borsigwerk, Beuthen, Sossnitza, Fraustadt, Leszno, Stentsch, Danzig.

H. Thalberg & J. Rubinowitch
Tel. 35, 39 Danzig, Melzergasse 4 Tel. 75

Nathan Szmajewicz
Damen-Konfektionsfabrik :: Danzig, Holzmarkt Nr. 3

Sommerfeld & Co.
Tobiasgasse 1-2 :: Telephon 7462
Spezialität: Hosen- und Arbeiterkonfektions-Fabrik

B. Rosenberg & Söhne G.m.b.H.
Telephon 5853 Danzig, Vorstädt Graben 54 Telephon 5853
Alle Sorten: Schuh-Oberleder, Lackleder, Portefeuilleleder, Sohlenleder, Möbelleder, Treibriemenleder, Sattlerleder usw.

S. Hesselsohn
Textilwaren en gros
Danzig, I. Damm 10 Telephon 8277

Die Dachdeckerarbeiten
für die Bauten am Bröfener Weg sollen öffentlich vergeben werden.
Termin: Donnerstag, den 15. 5. 24, 10 Uhr vorm. Angebote sind gegen Erstattung der Schreibgebühren im Hochbauamt II, Altstädt. Rathaus, Pfefferstadt 33/35 erhältlich. (12914
Hochbauamt II.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Donnerstag, den 8. Mai, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Gewöhnliche Opernpreise.
Nochmaliges Gastspiel der „Danziger Tanzkultur" in vollständig neuer Ausstattung. Zum 6. Male:

Tanzdichtungen nach Peer Gynt

in 2 Teilen und 17 Bildern.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, den 9. Mai, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie III. **„Der Widerspenstigen Zähmung".** Komische Oper.
Sonnabend, den 10. Mai, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. **„Wer weint um Juckenack"?** Tragikomödie.

Wallgasse DANZIG Tel. 5467

Zirkus Angelos

Täglich 7½ Uhr 12886
1000 Wunder in der Manege!
Vormittags von 10 – 1 Uhr: Probe u. Tierschau.

Billetts: Kohlengroßhandlung **Bruno Gloth,** Heilige-Geist-Gasse 140—41, Tel. 7893, Zigarrenhdl. **Bernh. Jacob,** Milchkannengasse 32 u. Zirkuskassen 10—1 Uhr u. 1 Std. vor Beginn.

Achtung! Hausfrauen! Billig!

Freitag und Sonnabend:

Schweinefleisch .... 0.90—0.95 G
Rindfleisch ... 0.50, 0.60—0.70 G
Kalbfleisch ... 0.50, 0.55—0.60 G
Hammelfleisch . 0.70, Keule 0.80 G
Kalbsköpfe, Stück ..... 0.30 G

Markthalle, Stand 39,
früher 36
nur im Keller.
Balda vorm. Fischer. 12915

Das Rätsel

seiner **Spottbilligen Preise ist:**
Günstiger Einkauf, kleiner Laden, kl. Unkosten u. kleinster Verdienst!
Wieder frisch eingetroffen: 12912
Ein großer Posten
Herren-Anzüge aus festen, haltbaren Strapazier-Stoffen von **26** G an
Moderne elegant. Anzüge in hell, farb., blau, blauweiß gestreift und Covercoat von **39** G an
Pa. Verarbeit., tadelloser Sitz
Prima Gummimäntel, Schwedenmäntel, Herren-Hosen, Stösser-Jacken und -Hosen u. Arbeitsschuhe zu billigsten Preisen in großer Auswahl
Konfirm.- und Kommunion-Anzüge hell, blau u. farb., in allen Größen . . von **24** G an
Teilzahlung mit bequemer An- und Abzahlung

STEIN'S

Konfektions-Haus 21 Langgasse 21
Achten Sie bitte genau auf Namen u. Hausnummer.

Auf vielseitigen Wunsch
Dritte Aufführung der Operette

Der Obersteiger

am Sonntag, den 11. Mai, abends 7 Uhr
im **Saale des Werftspeisehauses**
zum Besten der Kinderhilfe des Roten Kreuzes 12967
Alles Nähere wie bekannt
Eintrittskarten sind zu G 5.—, 4.—, 3.—, Stehplatz zu G 1.50 in der Musikalienhandl. Hermann Lau u. an der Abendkasse erhältlich

---

Pfeifen,
Tabake und Zigarren

in billigsten Preislagen
Ernst Steinke,
Altstädt. Graben 21 a. 12945

Wie einst im Mai...

wie zur „guten alten" Weichbrodtschen Zeit, in der jung und alt der köstlichen (aber billigen!) Kuchen und des aromatischen (aber preiswertesten!) Kaffees wegen mit Vorliebe dem Kaffee Weichbrodt zusteuerte . . . wie damals im Mai, so soll mit Beginn des heutigen Mai das ehemalige Kaffee Weichbrodt, jetzige

Kaffee Konietzko
ein Kaffee ohne Musik

sein.

Ich erfülle hierdurch jahrealte Wünsche des größten Teiles meiner Kundschaft und werde durch die Ersparnis der hohen Ausgaben für Kapellen, Vergnügungssteuern usw. in die Lage versetzt, dem mich beehrenden Publikum eine bessere und billigere Verpflegungsbasis verschaffen zu können.

Daß ich letztere bereits im weitesten Maße durchgeführt habe, zeige ich ergebenst an und lade zum Besuche freundlichst ein. Hochachtungsvoll

Hermann Konietzko.

Danzig, im Monat Mai. Große Allee 10.

Große Auswahl in- und ausländisch. Zeitungen.

In eig. Konditorei werden alle Backwaren mit Naturbutter zubereitet.

Bestellungen auf Torten, bunte Schüsseln etc. werden prompt ausgeführt.

Für Festlichkeiten aller Art** empfehle ich meine **eleganten bisherigen Kabarettsäle!

Klub- und Vereinsräume zur Verfügung!

Kredit
ist wieder da!
Bei kleiner Anzahlung können Sie
sofort mitnehmen!

Elegante
Herren- und Damen-Mäntel
Damen-Kostüme
Herren-Anzüge
Herren-Gummimäntel

Danziger Textilhaus
9 Lange Brücke 9
12906

Offeriere mein reichhaltiges Lager in
Zigarren von **10** P an
Zigaretten m. Goldmundstück v. **1** P an
Feinschnittabake von **30** P an
und bitte um geneigten Zuspruch
E. Balda 12909
Matzkausche Gasse 5a

1874 — 1924
50 Jahre Brauns'sche Farben für den Haushalt!
Neuheiten zum Färben ohne Kochen:
„Citocol" die Stoffarbe in Tablettenform zum Auf- und Umfärben von Wolle - Baumwolle - Seide etc.
„Wilbrafix" die Blusenfarbe in Kegelform zum Auffrischen verblaßter Farbe für Wolle und Baumwolle-Seide-Leinen.
„Wilbra" Lederfarbe macht Schuhe u. Lederwaren aller Art wie neu
Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften!
Wilhelm Brauns G. m. b. H. Quedlinburg
12453

Die billige Woche!

Herren-Anzüge 65.-, 55.- **45⁰⁰**
Eleg. Herren-Anzüge 95.-, 85.-, 75.- **65⁰⁰**
Hochelegante Herren-Anzüge Ersatz für Maß 135.-, 120.-, 110.- **90⁰⁰**
Schweden- u. Gummimäntel
spottbillig.

Bekleidungshaus London
2. Damm 10.
12911

Einmaliges billiges Angebot

Aus frisch eingetroffener Sendung können wir bis auf weiteres abgeben:

Junge dänische Schweineköpfe

je Pfund 35 P

Kleinverkauf: Schlachthof, Eingang Langgarter Wall jeden Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend 8—12 Uhr
Markthalle (Keller) Freitag (nachm.) und Sonnabend
Bei Großabgabe an Wiederverkäufer, Betriebe usw. 10% Preisermäßigung

Städt. Schlacht- und Viehhof

Tel. 216 — Geschäftszimmer 2 — Tel. 1632 — 12905

Sparkasse der Stadt Danzig

Langgasse 47, durchgehend nach **Jopengasse 36/38,** Fernsprecher 3031—3014, 7321—7325
Nebenstellen: Altstädt. Graben 93 / Langfuhr, Hauptstraße 106 / Neufahrwasser, Olivaer Straße 38

Spareinlagen und Depositen in Danziger Gulden

verzinsen wir vom 1. Mai d. J. ab:

bei **täglicher** Verfügung . . . . . mit **8%**
„ **vierzehntägiger** Kündigung . . . „ **10%**
bei **einmonatlicher** Kündigung . . . . mit **11%**
„ **dreimonatlicher** Kündigung . . . . „ **12%**

Eröffnung von **provisionsfreien** Konten in laufender Rechnung.

Gewährung von Krediten gegen Sicherheiten

Ausführung aller Bankgeschäfte.
12910